Nr. 598 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 162

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Morgen-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

30 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 5.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 7. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Reichsminister gegen Preußenminister.

Der Reichstag erlebte gestern das ungewohnte Bild einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen den Regierungen Preußens und des Reichs.

Es ist schon aus der Presse bekannt, daß zwischen dem Reichsernährungsministerium, vertreten durch Herrn Hermes, und dem preußischen Landwirtschaftsministerium, vertreten durch Genossen Otto Braun, über die Frage der Düngemittel politisch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, die durch den Fall Augustin ins Persönliche verschärft wurden. So kam es, daß sich die gestrige Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums, die mit einer langatmigen Rede des Ministers Hermes vor leeren Bänken begann, im weiteren Verlaufe zu einer dramatischen Szenenfolge zuspitzte. Nach Hermes sprach Genosse Otto Braun. Als preußischer Landwirtschaftsminister hat er im Sinne der auch im „Vorwärts" besprochenen Denkschrift zur Verbilligung der künstlichen Düngemittel neue Wege für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eröffnen wollen. Aber im Reichsernährungsministerium sitzen Widerstände, denen, wie Genosse Braun mit heller Entrüstung darlegte, die Sorge für den Profit der großkapitalistischen Düngemittelindustrie höher steht, als die Sorge um das Wohl des Volkes, als die Sorge um unsere hungernden Kinder. Durch Brauns Rede, die nur klare, einwandfreie Tatsachen brachte, leuchtete das ernste Wollen, der Not unseres Volkes mit allen erdenklichen Mitteln abzuhelfen. Und als er erklärte, diese Arbeit an der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung dürfe keine Parteisache sein, war ihm die Zustimmung des ganzen Hauses sicher.

Das Bild änderte sich aber bald. Braun kam zum Schluß seiner Rede auf den Fall Augustin zu sprechen. Mit wuchtigen Schlägen zertrümmerte er das Lügengewebe, mit dem die Helfferich-Presse den Fall Augustin in einen Fall Ramm-Braun umzufälschen versucht hat. Treffend charakterisierte er jene Zionswächter, die kaum ein Wort des Tadels für den bestechlichen Beamten haben, aber über die Männer, die die Hand an die Wunde gelegt, mit Verdächtigungen herfallen. Brauns Ausführungen hatten wenigstens den einen Erfolg, daß Minister Hermes das Original des vielbesprochenen Briefes, den Staatssekretär Ramm an Hermes gerichtet, auf den Tisch des Hauses legte, damit untersucht werden könne, ob etwa kleine Abänderungen daran vorgenommen worden seien, wofür ein starker Verdacht vorliegt. Im übrigen konnte die aalglatte Dialektik von Hermes gegen die Wucht der von Braun vorgebrachten Argumente nichts ausrichten. Schließlich wurde noch der Reichskanzler in eigener Person zur Hilfe herbeigerufen, der, über die vorhergegangenen Vorgänge offenbar nur oberflächlich und einseitig unterrichtet, seiner Betrübnis über den öffentlichen Zusammenstoß der beiden Staatsautoritäten wehmütig Ausdruck gab.

Indes helfen derlei Betrachtungen über vorhandene Gegensätze nicht hinweg. Jeden Tag wird es deutlicher sichtbar, daß im Reich nach anderen Grundsätzen regiert wird als in Preußen. In Preußen sitzt die Sozialdemokratie noch mit in der Regierung, im Reich ist sie ausgeschieden, die Deutsche Volkspartei ist in sie eingetreten, und ein starker Ruck nach rechts macht sich fühlbar. Kapitalistische und reaktionäre Einflüsse, die in Preußen nicht durchdringen können, flüchten sich in das Reich. Nichts kennzeichnet den Gegensatz besser als die Vorgänge, die sich gestern gleichzeitig in der Preußischen Landesversammlung abspielten, wo der Finanzminister Genosse Lüdemann gegen die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler sein Recht verteidigte, reaktionäre Beamte aus den politisch maßgebenden Stellen seines Ministeriums zu entfernen. Im Reich sitzt die Deutsche Volkspartei, die für die Beibehaltung der reaktionären Beamten eintritt, mit in der Regierung.

Die Rechtsentwicklung im Reich hätte nicht so stark sein können, wenn die Demokraten den Beruf in sich gefühlt hätten, sie zu hemmen. Die Rechtsparteien haben aber sehr geschickt verstanden, die Demokraten da zu packen, wo sie am empfindlichsten sind, und eine gemeinsame Front mit ihnen zum Schutze bedrohter Kapitalsinteressen herzustellen. Die Demokraten haben in der alten Koalition, in der sich die Sozialdemokratie befand, das Reichsnotopfer mit beschlossen. Heute kämpfen sie im Steuerausschuß Schulter an Schulter mit der Deutschen Volkspartei gegen dieses von ihnen mit beschlossene Gesetz! Und auch das Zentrum scheint schon etwas schwankend geworden zu sein, so daß von den drei Parteien der alten Koalition es nur noch die aus der Regierung ausgeschiedene Sozialdemokratie ist, die an der unveränderten Aufrechterhaltung und Einziehung des Reichsnotopfers festhält.

Die Vorgänge, die sich gestern im Reichstag abspielten, waren also nur ein Symptom einer vorhandenen starken Spannung. Zwei Regierungsprinzipien stehen gegeneinander im Kampf: das Regieren mit der Sozialdemokratie und das Regieren ohne die Sozialdemokratie, das sich mehr und mehr zu einem Regieren gegen die Sozialdemokratie gestaltet. Man wird auf bürgerlicher Seite diesen Sachverhalt vielleicht bestreiten. Man wird versichern, daß man gar nichts gegen die Sozialdemokratie will, vielmehr ihre Mitarbeit wünscht. Das ist ganz richtig, nur ist die Mitarbeit, die man von der Sozialdemokratie wünscht, eben eine Mitarbeit an einer rein bürgerlichen, kapitalistischen Politik, wie sie zur Zeit, da die Sozialdemokratie noch in der Reichsregierung saß, noch nicht getrieben werden konnte, die aber jetzt tatsächlich getrieben wird.

Die Rechte unterstrich die Rede des Reichskanzlers gegen den preußischen Minister, Genossen Braun, mit lebhaftem Beifall. Auch sie ist der Meinung, daß ein Gegeneinanderregieren zweier verschiedener Koalitionen im Reich und in Preußen nicht möglich ist, sie zieht daraus nur die Konsequenz, daß sich die Sozialdemokraten eben auch aus der preußischen Regierung hinauszuschieren haben. Ihr Wunsch ist es, die gegenwärtige preußische Regierung womöglich schon vor den Preußenwahlen, spätestens aber durch sie zum Auffliegen zu bringen. Heute ist sie es, die sagt: „Haben wir Preußen, so haben wir alles!"

Die Frage ist heute die, ob deutsches und ausländisches Kapital in der Verwertung der wirtschaftlichen Trümmer des Reichs Halbpart machen soll oder ob die Deutsche Republik durch eine sozialdemokratische Politik sich einen eigenen Lebensinhalt erhalten will, ob wir als einiges Volk den Weg aus unserem Elend suchen sollen, oder ob sich über Reichsbankerott und Massenverelendung eine schrankenlose Geldsackwirtschaft etablieren soll. Das ist die Frage, die sich krisenhaft zuspitzt und auf die wir bei den Preußenwahlen eine Antwort erwarten.

* * *

Reichsnotopfer und Zwangsanleihe.

Unsere Reichstagsfraktion beschloß, die sozialdemokratischen Mitglieder der Steuerkommission zu beauftragen, der Regierungsvorlage zur raschen Erhebung des Reichsnotopfers zuzustimmen und gegen jede Aushöhlung des Reichsnotopfers mit aller Entschiedenheit zu wirken. Für die Einführung einer Zwangsanleihe behält sich die Fraktion ihre Stellungnahme vor. Weiter stimmte die Fraktion der Auffassung zu, daß ihre Mitglieder im Steuerausschuß mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken, daß die Steuern für den Besitz schnellstens zur Erhebung kommen. Endlich verlangte die Fraktion, daß darauf hingewirkt wird, den sich immer stärker ausbreitenden Luxus schnellstens einzudämmen.

* * *

Hermes und Braun.

In der gestrigen Reichstagssitzung geht ein Antrag auf Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Maretzki (D. Vp.) an den Geschäftsordnungsausschuß.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.) folgende Erklärung ab: Ich habe niemals Gelder von der Reichsledergesellschaft zum Zwecke der Propagierung der freien Wirtschaft erhalten. Beträge, die mir von privater Seite zugestellt wurden, sind von mir an die Parteileitung abgeführt worden.

Reichsernährungsministerium.

Die Aussprache über die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes wird fortgesetzt. Der Ausschuß schlägt eine Reihe von Entschließungen vor. Danach wird die Regierung aufgefordert, unter Hinweis auf die Notwendigkeit, gegebenenfalls schärfste Maßnahmen zu treffen, auf die landwirtschaftlichen Berufsverbände einzuwirken für die

Ablieferung von Brotgetreide,

Gerste und Hafer ihren ganzen Einfluß einzusetzen. Im Hinblick auf die üble Lage der Brotversorgung soll ein Verbot für die gewerbsmäßige Herstellung von Kuchengebäck erlassen werden. Weiter soll auf eine schnellere und billigere Uebermittlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hingewirkt werden. Das Reichsseuchengesetz soll im Sinne einer Erweiterung der Entschädigungspflicht abgeändert werden; schließlich soll noch die biologische Reichsanstalt besser ausgestattet werden.

Abg. Döbrich (D. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Reichsernährungsminister Hermes:

Die Angriffe der letzten Zeit auf die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hatten letzten Endes die Ursache in dem Für oder Gegen die Zwangswirtschaft, der in dem Widerstand gewisser Kreise seine Unterstützung gefunden hat. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Bestrebungen zum

Abbau der Zwangswirtschaft

fortgesetzt. Zunächst galt es, mit allen Mitteln das Angebot von Nahrungsmitteln zu vergrößern. Vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Produktionsförderung entbehrt die Forderung der Landwirtschaft nach Abbau der Zwangswirtschaft nicht der Berechtigung, andererseits ist zu prüfen, inwieweit diese Forderung mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbar ist. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ist das Angebot an Lebensmitteln bedeutend gestiegen. (Zuruf bei den U. Soz.: Sie sind aber viel zu teuer!) Die Fleischpreise erreichen jetzt immer noch nicht die früheren Schleichhandelspreise.

Wichtig bleibt die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die industrielle Produktion wird dann durch die landwirtschaftliche gehoben. Der Minister gibt dann Bilder aus dem russischen Wirtschaftsleben, bei denen er sich auf die Ausführungen Abrahamowitschs stützt. Für Getreide, Zucker, Butter und Milch muß die Zwangsbewirtschaftung noch bestehen bleiben.

Die deutsche Landwirtschaft macht

eine moralische Krise

durch. Kartoffeln und Fleisch sind jetzt schon frei zu haben, ohne daß der Konsument irgendwelche Gesetze übertreten muß. Gegen die Schädlinge der Landwirtschaft und des Handels muß das Wuchergesetz vorgehen. Dabei müssen lokale Ausschüsse von Erzeugern und Verbrauchern helfen. Die Brotgetreideernte beträgt gegenüber 8,5 Millionen im Vorjahre etwa 7 Millionen Tonnen; zur Brotherstellung allein fehlen noch 250 000 Tonnen. Dieser Fehlbetrag wird noch dadurch erhöht, daß der Ernteertrag schon vor dem 1. August in Anspruch genommen worden ist. Abgeliefert sind bisher nur 288 000 Tonnen, gegenüber 1 116 000 Tonnen im Vorjahre. (Lebhaftes Hört, hört!) Gegenwärtig ist die Reichsgetreidestelle bemüht, auf Grund des Ernteergebnisses die Ablieferungspflicht festzustellen, die wahrscheinlich insgesamt 1½ Millionen Tonnen betragen wird.

Die Ernte ist wesentlich schlechter als im Vorjahre, für Roggen ist in manchen Gegenden geradezu von einer Mißernte zu sprechen. Der Mehlschleichhandel wird durch die Mühlenverhältnisse geradezu unterstützt. Jeder Landwirt, der seiner Lieferungspflicht nachgekommen ist, wird für jeden darüber hinaus abgelieferten Zentner Brotgetreide einen Zentner Mais zu verbilligtem Preise erhalten, um der Gefahr der Verfütterung von Brotgetreide zu steuern. Der Fehlbetrag des aus dem Ausland eingeführten Brotgetreides beträgt rund 2 Millionen Tonnen. Von einem bevorstehenden Zusammenbruch unserer Brotgetreideversorgung im besonderen und der Ernährungswirtschaft überhaupt kann keine Rede sein. Allerdings müssen wir an der straffen Zentralisation der Mehleinfuhr festhalten, wozu uns die Angebote der Bäcker ganz besonders veranlassen. Der Wert der für 1920 angekauften Auslandsgetreidemenge beträgt

rund 6 Milliarden Mark.

Wenn auch ein genauer Ueberblick erst im Frühjahr gewonnen werden kann, so sind die Aussichten dennoch angesichts der starken Produktionssteigerung nicht schlecht. Während z. B. die Erzeugung von Stickstoffdünger 1918 [illegible] 000 Tonnen betrug, stieg sie im Jahre 1919 auf 120 000 Tonnen, im Jahre 1920 auf 157 000 Tonnen und wird im kommenden Jahre voraussichtlich 270 000 Tonnen betragen, gegenüber einem Friedensbetrage von 210 000 Tonnen. Die Sicherstellung der Einfuhr von Rohphosphaten ist besonders wichtig, ebenso eine Stabilisierung der gesamten Düngemittelpreise, denn nur auf diese Art kann eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielt werden. (Beifall.)

Abg. Braun-Düsseldorf (Soz.):

Wir müssen uns darüber klar sein, daß, wenn wir nicht mit einem fühlbaren Ruck die ganze Wirtschaftsmaschine umstellen, wir unrettbar in den Abgrund sausen. (Sehr richtig!) Der Wahn muß verschwinden, daß man sich durch Papiergeld retten kann. (Sehr richtig!) Neben anderen Ursachen der heutigen Entwicklung, die noch immer dadurch gekennzeichnet ist, daß wir noch immer viel weniger produzieren, als wir verbrauchen, ist die Hauptursache die Verarmung unseres Bodens. (Sehr wahr!) Die großen Erfolge vor dem Kriege verdanken wir vor allem der guten Düngung, insbesondere der Zuführung künstlicher Düngemittel. Hier muß der Hebel angesetzt werden, um von der noch immer weiter um sich greifenden extensiven Wirtschaft wieder zu einer intensiven zu gelangen. (Sehr richtig!)

Wir müssen Maßnahmen treffen, um die Landwirte zu veranlassen, intensiver zu wirtschaften. Das ist nur möglich, wenn das Reich die Herstellung künstlicher Düngemittel selbst in die Hand nimmt. Bei der billigeren Abgabe der Düngemittel an die Landwirtschaft handelt es sich nicht um eine Art Liebesgabe, sondern um eine

Liebesgabe für die Allgemeinheit.

Die Behandlung, die in der Presse der von mir in Kassel erwähnte Fall Augustin gefunden hat, zwingt mich zu einigen Bemerkungen. Ein Beamter meines Ministeriums, der in dreißigjähriger Tätigkeit dem preußischen Staat wertvolle Dienste geleistet

hat, Dr. Ramm, ist zum Schutz eines bestechlichen Beamten in unerhörtester Weise besudelt worden. (Hört, hört!) Ende November 1919 hat ein Angestellter der Ackerbaugesellschaft einem Beamten des Reichswirtschaftsministeriums 1000 M. und später nochmals 6000 M. geschenkweise zugehen lassen. Erst im Juni 1920 will man davon im Reichsministerium etwas erfahren haben. Im Hauptausschuß ist der Brief des Herrn Dr. Ramm an das Reichsministerium erwähnt worden. Es steht darin: „Am 10. abends mußte ich mit dem Minister nach Ostpreußen reisen, konnte daher zu meinem Bedauern an der am 11. stattfindenden Sitzung des Stickstoffdüngerausschusses nicht teilnehmen." Tatsache ist, daß dieser Brief am 7. Mai geschrieben und am 8. Mai abgegangen ist. Er ist bereits am 11. Mai Gegenstand der Erörterung im Reichsministerium für Ernährung gewesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß der Brief am 8. Mai abgegangen ist, ergibt sich aus den Akten. Der Inhalt kann nur beruhen auf einer mir ganz unverständlichen Flüchtigkeit des Staatssekretärs Ramm oder einer Fälschung. Es wird Sache des Reichsernährungsministers sein, den Brief durch Schreibsachverständige nachprüfen zu lassen und festzustellen, was dort geschehen ist. Daß gewisse unverständliche Dinge dort im Ministerium vorkommen, ist gar nicht in Abrede zu stellen. Z. B. sind Möbel angeschafft worden und ein Automobil aus einem Fonds für Stickstoff, und als dann die Sache etwas kritisch wurde, wurde es auf ein

neu angelegtes Vorschußkonto

verbucht. Zwei Monate später kommt der Ministerialdirektor ins Finanzministerium und erklärt, man wolle Anschaffungen machen, die bereits gemacht worden sind. Daraus kann man sich ein Bild von der Wahrheitsliebe gewisser Herren machen. Und wie bin ich deswegen in einer gewissen Presse angegriffen worden, insbesondere in der „Deutschen Tageszeitung". Man hat mir sogar nachgesagt, ich solle Mitwisser des famosen Bestechungsplanes sein. Die Zeitungen, die diese skandalöse Notiz abgedruckt haben, werden demnächst vor Gericht Gelegenheit haben, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Herr Helfferich hat im Ausschuß diesen durch Unwahrheit konstruierten Fall einen Skandal genannt. Ich hoffe, daß Herr Helfferich nunmehr einsehen wird, daß kein Fall Ramm vorliegt und auch kein Skandal, und daß er Gelegenheit nehmen wird, dem zu Unrecht verdächtigten und in der öffentlichen Meinung herabgesetzten Beamten Genugtuung zu geben. (Beifall bei den Soz. und große Unruhe rechts.) Denjenigen, der den Finger in diese öffentliche Wunde gelegt hat, hat man verleumdet und beschimpft. (Ruf rechts: Unschuldsvoller Engel!) Dieser ganze Feldzug gegen mich und meinen Staatssekretär richtet sich in der Hauptsache gegen meine Vorschläge über die Düngerindustrie.

Der schamlose Genußtaumel

gewissenloser Leute, die durch Schiebereien und Wuchereien ihr Geld leicht erworben haben und es vergeuden, soll uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß die Not im Volke von Tag zu Tag steigt. Es handelt sich darum, unsere Jugend besser zu ernähren, die heranwachsende Volkskraft, mit der wir das zusammengebrochene Vaterland wieder aufbauen wollen. Wer sich dieser Not verschließt, begeht nicht nur ein Verbrechen am deutschen Volk, sondern letzten Endes gegen sich selbst. Ich wünsche und hoffe, daß diese Erkenntnis mehr und mehr in den weitesten Volkskreisen Platz greift, ehe es zu spät ist. (Beifall bei den Soz.)

Reichsernährungsminister **Hermes** bleibt bei seiner Darstellung des Falles bestehen. Der gerichtlichen Aufklärung sehe ich mit voller Ruhe entgegen. Betreffs der Umlagekasse ist mir ein Irrtum unterlaufen, jedoch muß berücksichtigt werden, daß seit der letzten Preisfestsetzung in der Stickstoffindustrie die Gestehungskosten außerordentlich gestiegen sind. (Sehr richtig!)

Reichskanzler Dr. Fehrenbach:

Den Abschluß, den diese Debatte genommen hat, bedaure ich aufs tiefste. (Sehr richtig! rechts.) Es wird mir nicht leicht, in die Rechte des Abg. Braun einzugreifen, aber ich darf wohl die Bemerkung machen, daß auch der Abg. Braun, wenn er hier als Abgeordneter sprach und seine Angriffe gegen den Reichsernährungsminister richtete, sich darüber klar sein mußte, daß er vielleicht in die Lage kommen würde, auch als preußischer Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident zu sprechen. Wie kann eine gesunde Preispolitik betrieben werden, wenn die verantwortlichen Stellen des Reiches und des größten Bundesstaates sich in dieser bedauerlichen Weise gegenüberstehen und die Reichspolitik von seiten eines Abgeordneten, der zugleich Ministerpräsident eines Landes ist, in dieser Weise angegriffen wird. (Beifall rechts und in der Mitte. — Lachen und Unruhe links.) Es ist nicht möglich, die Angelegenheiten im Reiche gedeihlich weiterführen zu können, wenn solche Vorfälle sich wiederholen sollten. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte. — Lachen, Unruhe, Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Abg. Braun (Soz.):

Der Umstand, daß ich preußischer Landwirtschaftsminister bin (Zurufe rechts: Leider!), kann mich nicht hindern, die Stellung meiner Fraktion zu diesen Fragen mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Im parlamentarischen Regime, wo Minister zugleich Abgeordnete sind, werden sich solche Vorgänge öfters wiederholen, wie es sich in Weimar ja bereits bei Erzberger gezeigt hat. Was ich als Abgeordneter ausgeführt habe, war durchaus sachlich und, soweit es persönlicher Natur war, war es nicht Angriff, sondern Abwehr. (Sehr richtig! und Beifall links.) Das war um so notwendiger, als man im Hauptausschuß meinen Herrn Staatssekretär nicht einmal angehört hat. Ich bedaure die Differenzen zwischen dem Reichsernährungsminister und meinem Ministerium, aber daran trage nicht ich schuld, sondern gewisse Kreise, die ein Interesse daran haben, diesen Gegensatz hervorzurufen und zu erhalten. Ich hoffe, daß in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem Ernährungsministerium eine bessere sein wird.

Abg. Henke (U. Soz. rechts): Im Namen meiner Fraktion erkläre ich, daß wir bedauern, daß der Herr Reichskanzler in schärfster Weise gegen den Herrn Minister Braun Stellung genommen hat. (Sehr richtig! links.) — Nachdem der Präsident den Abg. Henke darauf aufmerksam gemacht hat, daß seine Ausführungen den Rahmen einer persönlichen Bemerkung überschreiten, schließt der Redner.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die Beratungen abgebrochen.

Dienstag, den 7. Dezember, 12 Uhr: 1. Anfragen, 2. Entwurf des Rayonsteuergesetzes, 3. Fortsetzung der Aussprache über das Reichsernährungsministerium. Schluß 6½ Uhr.

Düngemittel und Getreideerfassung.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat, wie die P. P. N. melden, in der Frage der Düngemittel einstimmig einen gutachtlichen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Die deutsche Landwirtschaft hatte es vor dem Kriege verstanden den Hektar-Ertrag des deutschen Bodens nicht zuletzt durch reiche und richtige Verwendung von künstlichen Düngemitteln auf eine Höhe zu steigern, die den Ertrag aller Länder mit ähnlichen klimatischen und Bodenverhältnissen weit übertraf. Die Kriegsnotwendigkeiten und die Kriegsfolgen haben zu einem erheblichen Rückgang in der Anwendung künstlicher Düngemittel geführt. Die verhängnisvollen Folgen dieser Tatsache können nur behoben werden durch eine systematische Steigerung der Verwendung künstlicher Düngemittel, die, wenn sie richtig durchgeführt wird, nicht nur zu einer Wiederherstellung, sondern auch zu einer Vermehrung der vor dem Krieg erzielten Erntemengen führen kann. Die künstliche Düngung muß umso stärker gefördert werden, als eine Reihe von Ursachen noch für längere Zeit verhindert, daß Stalldünger in der Menge und Güte produziert wird, wie vor dem Kriege. Es darf daher kein Mittel unversucht bleiben, die künstlichen Düngemittelmengen zu erhöhen und ihre Anwendung zu fördern

Der Pflicht des Staates, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Erhöhung der Einfuhr, Vermehrung der Produktion und Erleichterung der Anwendung künstlicher Düngemittel anzuwenden, tritt die Pflicht der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Organisationen zur Seite, alles zu tun, um das Ziel einer erfolgreichen Düngemittelwirtschaft zu erreichen. Mit der hierbei bewirkten Produktionsförderung hat eine Gestaltung der Brotgetreideerfassung und -verteilung Hand in Hand zu gehen, die besser als die bisherige Form geeignet ist, für die schwierigen vor uns liegenden Uebergangsjahre den Brotgetreidebedarf der städtischen Bevölkerung zu sichern. Durch verständnisvolles Zusammenwirken von Behörden, Erzeugern und Verbrauchern muß dieses für unsere Volksernährung entscheidende Ziel um so eher erreicht werden können, als außer Milch und deren Produkte und Getreide kein anderes Erzeugnis der heimischen Landwirtschaft mehr der Zwangswirtschaft unterliegt. Im kommenden Düngemitteljahr 1921/22 ist die Düngemittelbewirtschaftung mit der Getreidebewirtschaftung so zu verbinden, daß die Erfüllung der Ablieferungspflicht der landwirtschaftlichen Erzeuger besser als bisher gesichert wird.

Bei der Verwendung künstlicher Düngemittel ist entscheidend das Verhältnis der Preise der Düngemittel zu den Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Soweit noch Zwangswirtschaft besteht, wie für Getreide, sind daher die Mindestpreise für das Getreide der Ernte 1921 schleunigst festzusetzen und bekanntzugeben. Eine weitere Erschwerung für die Hebung der Anwendung der künstlichen Düngemittel liegt in dem großen Betriebskapitalbedürfnis weiter Teile der Landwirtschaft infolge der erheblichen Verteuerung des Gesamtbetriebes. Die Vermehrung der Betriebsmittel verursacht dem Landwirt größere Schwierigkeiten als dem Handel und der Industrie. Eine Unterstützung der Landwirte beim Bezuge von Düngemitteln durch Kredite, welche erst abzudecken sind, nachdem die Ablieferung des überwiegenden Teiles der Ernte erfolgt ist, ist wünschenswert. Hierzu bedarf es einer Vereinbarung zwischen den Herstellern der Düngemittel und den Organisationen der Landwirte und der Düngemittelhändler unter Mitwirkung der staatlichen Kreditinstitute."

Dieses Gutachten deckt sich in anderen Punkten mit den seinerzeit von uns veröffentlichten Vorschlägen des preußischen Landwirtschaftsministers Braun, die allerdings viel konkreter und energischer die Wege zur Lösung der Düngerfrage zeigen.

„Das Unglück in Sachsen".

Die deutschnationalen „Dresdener Nachrichten" veröffentlichten gestern abend einen Leitartikel, betitelt „Eine sozialistische Einheitsfront in Sachsen". Darin fordern sie das Einschreiten der Reichsregierung gegen Sachsen (!), falls es zu einer rein sozialistischen Regierung kommen sollte. Wörtlich heißt es:

„Eine sozialistische Regierung mit kommunistischer Unterstützung ist nur ein Vorspiel zu Zuständen, die in der russischen Räterepublik ihr Vorbild haben. Sie ist der Auftakt zur Diktatur des Proletariats. Somit wäre aber auch ein Verfassungskonflikt mit dem Reiche gegeben, das zur Exekution schreiten müßte, um das Einreißen von Zuständen in Sachsen, wie sie seinerzeit in Bayern geherrscht haben, zu verhindern. Die Reichsregierung dürfte aber nicht zögern, bis das Unglück in Sachsen schon geschehen sei, sondern sie müßte rechtzeitig vorbeugend eingreifen.

Unser Parteiblatt, die „Dresdener Volkszeitung", schreibt:

Die Antwort der Kommunisten eröffnet recht trübe Aussichten für die praktische Arbeit in der nächsten Zeit. Doch warten wir vorläufig ab und begnügen uns damit, daß die Kommunisten eine sozialistische Regierung in Sachsen möglich machen wollen. Das ist mehr, als wir von ihnen erwartet haben.

Der Schrei der Reaktionäre nach einer Reichsexekution gegen die eventuelle sächsische Regierung, bevor diese überhaupt noch ins Leben getreten ist, mutet höchst lächerlich an. Die Furcht des Bürgertums vor einer sozialistischen Regierung nimmt nachgerade Formen an, die mit der Verfassung in schärfstem Widerspruch stehen. Die sozialistische Regierung, die auf Grund des demokratischen Wahlrechts zustande gekommen ist, mit dem bayerischen Räteintermezzo in Parallele zu setzen, zeugt von einem solchen Mangel an politischem Verständnis, oder aber von einer solchen Böswilligkeit, daß wir kaum glauben können, der Schrei der sächsischen Reaktionäre werde bei der Reichsregierung ein besonders freudiges Echo erwecken.

Regierungswahl in Danzig.

Danzig, 6. Dezember. (WTB.) Die heutige Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Antrage der Bürgerlichen, die Versammlung zum Volkstage zu erklären. Die Unabhängigen, die Sozialdemokraten und die Polen legten gegen diesen Antrag Protest ein.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag angenommen. Zum Präsidenten des Senats wurde Oberbürgermeister Sahm mit allen abgegebenen 68 Stimmen auf zwölf Jahre gewählt. (Sozialisten und Polen hatten vorher den Saal verlassen.) Dann wurden fünf hauptamtliche Senatoren auf sechs Jahre gewählt, zum stellvertretenden Senatspräsidenten Oberverwaltungsgerichtsdirektor Dr. Ziehm auf unbestimmte Zeit und schließlich noch dreizehn Senatoren im Nebenamte gewählt. Die Wahl des Finanzsenators wurde ausgesetzt.

Aufschwung.

Von Arthur Silbergleit.

Föhnhaft wild das All durchstürmen,
Narhaft sich emporzureißen
Ueber höchsten Tempeltürmen
Zu der Weltallssonnen Gleißen,
Seele, sag', was kannst du mehr?

Brause, Geist der Weite, brause
Auf der kühnsten Sturmesschwinge,
Meide Deine enge Klause,
Diene nicht der Welt der Dinge,
Fühle Deine Wiederkehr!

Laß' Dich von den Lerchen feiern,
Daß Du wieder heimgefunden,
Wo sich über Springquellschleiern
Kühn gewölbte Wipfel runden;
Werde schwebend, warst Du schwer!

Myriaden Lichterspeere
Wollen deine Brust durchzücken,
Myriaden Wäldermeere
Wellenbrandend dich beglücken;
Ueberströme, Ahasver!

Wenn Dich oft durchs triebhaft Dumpfe
Deine Tiefen niederzogen,
Rausche heldisch im Triumphe
Durch die hohen Himmelsbogen,
Werde Mensch, was kannst Du mehr?

Die Gabe des Gebens. Weihnachten naht heran, und die Zeit des Schenkens im Jahre steht bevor. In der Heimlichkeit stiller Stuben und in der hellen Pracht reichgefüllter Läden werden die Ueberraschungen ausgewählt, mit denen man seine Lieben zu erfreuen gedenkt. Aber wieviel Ueberflüssiges, Unnützes, Sinnloses findet sich doch unter den Weihnachtsgeschenken! Die „Gabe des Gebens" ist nicht jedem verliehen, ja, sie findet sich sogar seltener als man glaubt, denn sie ist bedingt durch köstliche Eigenschaften, die gar vielen fehlen. Um das rechte Geschenk auszuwählen, muß man ein gutes Gedächtnis haben und einen feinen Takt, Güte und vor allem Neigung zu dem, den man erfreuen will. Es ist merkwürdig, daß die reichen Leute so selten Geschenke machen, die erfreuen. Sie glauben, daß mit Geld alles zu erwerben ist; aber man merkt der Gabe an, daß ihr die rechte Geberfreude fehlt, und so strahlt sie nicht jenen Zauber von Wärme und Glück aus, der das bescheidene Geschenk des Armen so schön und rührend macht. Diejenigen, die nicht mit den Gütern dieser Welt gesegnet sind, für die das Schenken ein seltenes und großes Ereignis ist, sie sind es, die ihre ganze Seele in die Gabe legen, die lange vorher an Geburtstage und festliche Gelegenheiten denken, und die sich reiflich überlegen, wodurch sie den anderen erfreuen wollen. Vor allem gehört ein gutes Gedächtnis zu der Kunst des rechten Schenkens. Wer in einen überfüllten Laden tritt und sich dann von der Verkäuferin das erste beste aufschwatzen läßt, der wird nichts heimbringen, was die Augen des Beschenkten vor Freude glänzen macht und ein seliges Lächeln auf seine Züge zaubert. Man muß sich mit aller Kraft und allem Mitfühlen in die Persönlichkeit und die Umwelt des Empfängers versenken, muß mit seinen Augen sehen und wählen, wenn man das beste Geschenk finden will. Nur der hat die Gabe des Gebens, der ihr das Beste mitgibt, was der Geber besitzt, nämlich sein Herz und seine Liebe.

Tanzszenen in der Staatsoper. In der Staatsoper wird die Zeit zwischen zwei ernsthaften Premieren gern mit der Fröhlichkeit von Tanzspielen ausgefüllt. Diesmal waren es die „Amoretten" und die „Tanzszenen", beides nach Entwürfen und in der Inszenierung von Heinrich Kröller. Dieser Regisseur der Choreographie versteht es gut, einen gedämpften, in mattem Scheinwerferlicht sich bewegenden bunten und vornehmen Rahmen zu schaffen für die Rokoko-Phantasie eines Mozartschen Schäferspieles, versteht den Biedermaierszenen durch reizend gekleidete Nippfigürchen Schwung zu verleihen oder auch schattenhaft eine Zigeunerweise auftrumpfen und abklingen zu lassen. In den durchweg mit Anmut und Lächeln dargebotenen Szenen fiel eine tänzerische Einzelbegabung kaum auf, doch ist Lene Bowitz Zierlichkeit des Schrittes und Diskretion der Gebärde, Heinrich Kröller Eleganz auch im Urwüchsigen nachzurühmen. Wesentlicher ist die saubere, schmiegsame, im Atem der Musik schwelgende Gesamtleistung des Balletts, zu dem sich im ersten Teil die allerwirksamsten Puppentänzerchen, die Kinder, fröhlich gesellten. Wer aber wagt es zu tanzen und glaubt, er brächte es ohne den Genius aller fröhlichen Musik zuwege? Mozart, Strauß, Weber sind in jedem Takt ihrer Menuette, Gavotten und Walzer mehr Bewegung allein und Tanz, als selbst allerbeste Tänzer einen Abend lang lehren könnten. Reizend war der Gedanke, das Rezitativ zu Beginn der „Aufforderung zum Tanz" als Einleitung eines Traumes zu nehmen, den Traum selbst als derben Volkstanz zu erleben und das Nachspiel als Erwachen des Musikanten. Das Publikum zeigte sich erfreut und sammelte die Heiterkeit als Gegenkraft gegen die blutige Bajazzi-Nachfolge. Schmalstich dirigierte mit geschmeidiger Hand. K. S.

Arbeiter unter Tarnkappen. Dies Buch von Werkleuten und ihrem Schaffen, von Julius Lerche geschrieben, vom Verlag K. Thienemann in Stuttgart herausgebracht, ist jetzt zu unserer Freude in neuer Auflage (Preis 12 M.) erschienen. Es ist ein umsichtig belebendes Buch, so recht aus dem Bedürfnis unserer Zeit heraus geformt. Maschinen, unsere Kulturgefährten, Kulturführer, Kulturbeherrscher, sind nicht Konstruktionen ohne Seele. Hier heißt es Tarnkappen lüften, die das beseelende Innenleben dem flüchtigen, oberflächlichen Blick verhüllen. Menschliches Leben ist darin aufgespeichert, setzt sich in ihnen über seine todbegrenzte irdische Zeit hinaus fort. Nun lüftet der Verfasser dieses schönen, ernsten, bewegten Buches diese Tarnkappen. Wir haben das Buch, das zum Besten des über technische Fragen gemeinverständlich Geschriebenen gehört, schon vor Jahresfrist angelegentlich empfohlen, und viele haben unsere Anregung beachtet. Jetzt sei sie ebenso warm aus einem abermaligen Lesen des Werkes der reiferen Jugend und allen Erwachsenen wiederholt. Dieses Buch muß und wird dauern.

Rose Liechtenstein: Alfred Kerr. Der Kritiker wird kritisiert. „Bedauerlich, daß die Mehrzahl aller Kritik tadeln muß," sagt er schwermütig, und ihn loben wir gern. Weil er ein Sehnsüchtiger ist, ein abendländischer Spötter mit faustischer Seele, durchglutet von sonnenstrahlendem Orient. Jude er, vom Geschlecht der Schwärmer. Er zerfetzt, reißt ein, höhnt; aber er flieht zugleich, und er sucht und baut, echter Nachfahr des in der Finsternis wandelnden Volkes. Rose Liechtenstein, selbst Orientalin (schwarz, schlicht gescheitelt), liest den Dichter; mehr: gibt ihm eigenen Sehnens Schwung ab. Und erhöht ihn also. Die schöne Veranstaltung danken wir der „Ewer"-Buchhandlung, wo sie unter Hans Sochaczewers Obhut am Sonntag vormittag stattfand. wp.

Die neugewählte Leitung des Bühnenvereins spiegelt den Ausgleich, der für die Krise im Innern des Vereins angestrebt worden ist. Präsident bleibt Baron v. Putlitz, als Vizepräsidenten treten neben ihn für die gemeinnützigen Bühnen Ministerialrat Korn-München und für die Privatbühnen Dr. Löwe-Breslau. Der neue Verwaltungsrat setzt sich zur Hälfte aus Mitgliedern beider Gruppen zusammen; für die gemeinnützigen Bühnen wurden gewählt Dr. Seel'a (Preußen), Heine (Sachsen), Kahne (Würzburg), Runge (Breslau), Oberbürgermeister Kutze (Mannheim), Oberbürgermeister Külb (Mainz). Für die Privattheater die Herren Spannuth, Valegg, Haller, Immisch, Illing, Ekert. Bühnenverein und Bühnengenossenschaft wollen gemeinsam Theaterschulen mit zunächst kostenlosem Unterricht errichten; die Schüler sollen, wenn sie in Stellung gelangt sind, zu den Kosten der Schule durch Gagenabzüge beitragen. Uebers Jahr sollen die ersten zehn Schulen eröffnet werden.

Der Kunsthistoriker Valentin Scherer, der mit seinem Werk über die Ornamentik Dürers begann und eine Reihe Bücher über Renaissance-Stoffe folgen läßt, ist, 43 Jahre alt, in einem Potsdamer Krankenhause gestorben. Vor 12 Jahren traf ihn das tragische Geschick, zu erblinden und schwerer Lähmung zu verfallen. Trotzdem arbeitete er mutig weiter. Ein Teil seiner Werke entstand in dieser harten Zeit.

Sturm-Pantomime. Herwarth Walden spielt am nächsten Sturm-Abend, 8. Dezember, 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Str. 134a, die Musik seiner Pantomime „Die vier Toten der Fiametta". William Bauer spricht über das Wesen der Pantomime und wird die Gestik darstellerisch erläutern. Rudolf Blümner spricht einen Epilog über die Aufnahme des Werkes durch die Kritiker.

Unter Gnomen und Trollen. Ein zweites Buch dieser „im nordischen Märchenwald" ersonnenen Erzählungen für die reiferen Kinderjahre legt jetzt Franz Schneiders Verlag, Berlin-Schöneberg, mit gutem, geheimnisvoll gestimmtem farbigen und schwarzen Buchschmuck von Lau auf den Weihnachtstisch. Man kann auch diesem Buch günstig sein. Neben etlichen Geschichten mit Königs- und Prinzensymbolik stehen andere, denen schlichte Herzenseinfalt und guter Natursinn die Beseelung gibt, und diese sind die besten.

Und immer wieder: die Pfarrhauskomödie. Die Aufführung von Heinrich Lautensacks „Pfarrhauskomödie" rief im Deutschen Theater in Hannover Lärmszenen hervor, die viertelstundenlang andauerten. Beamte der Hauspolizei und der Sicherheitspolizei mußten eingreifen. (Wird dieser Skandal nicht überall schematisch inszeniert?)

Die Verlegung der Prager Hochschulen. Die Abgeordneten aller deutschen Verbandsparteien haben im böhmischen Parlament einen Antrag eingebracht, worin sie die Regierung auffordern, schleunigst im Verordnungswege die Verlegung der beiden deutschen Hochschulen aus Prag in das deutsche Siedelungsgebiet zu veranlassen.

Groß-Berlin

Für Oberschlesien.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger hatte am Sonnabend abend ins Große Schauspielhaus eingeladen. Es galt einen hohen Zweck zu erfüllen: für Oberschlesien Munition in seinem Kampf um das Deutschtum zu gewinnen. Dieser Zweck ist in einer alles übertreffenden Weise erfüllt worden. Nie sah das Große Schauspielhaus solche Menschenmassen, wie an diesem Abend, nie aber auch wohl so viel edle Kunst auf einmal. Das Orchester der Staatsoper unter abwechselnder Leitung von Furtwängler, Leo Blech und Max von Schillings, die Arndt-Ober, Barbara Kemp, Karl Clewing und Heinrich Schlusnus gaben, was in ihren Kräften stand. Der Abgeordnete Dr. Pfeiffer wies in eindringlichen Worten auf den Zweck und die Bedeutung des Festes hin. Im zweiten Teil des Programms zeigte Max Pallenberg mit seiner besseren Ehehälfte in „Berliner Ultramarin", daß der mit so viel Jubel aufgenommene Refrain: „Wir in Berlin, wir sind noch lange nicht verrückt genug!" nicht der Wahrheit entspricht. Fritz Werner, der sich zu seinen Wiener Liedern am Klavier selbst begleitete, wußte sehr zu gefallen. Den Höhepunkt bildeten die lorbeerbekränzten „Meistersinger von Berlin". Dieser wohlgelungene Scherz Oskar Sabos, um dessen Ausführung sich neben dem Verfasser Graetz, Rieck, Thielscher, Matzner, Sikla, Wallauer, Westermeier und Wirl bemühten, löste Heiterkeits- und Beifallsstürme aus.

Das äußere Bild des Abends war ein glänzendes. Neben den vielen Bühnenangehörigen sah man Mitglieder der Reichsregierung, bekannte Parlamentarier, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, des Handels und der Industrie. Zahlreiche Frauen aller Altersklassen, die es dazu haben, zeigten, wie man sich auch mit sehr vielen Metern Stoff nur notdürftig bekleiden kann. Im krassen Gegensatz zur Not unseres Landes stand die hier entfaltete Eleganz, aber: Der Zweck heiligt die Mittel. Um nicht ganz den Eindruck zu verwischen, daß das Fest nur einem höheren Zweck dient, verzichteten wir auf den weiteren Teil des Programms: die Modenschau, die Kabarettvorstellungen und den Ball, der bis zum frühen Morgen währte. Möge das materielle Ergebnis der Nacht mit dazu beitragen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. et.

Unter der Anklage des Vatermordes.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III beginnt heute Dienstag die Verhandlung des Mordprozesses Wendelstädt, der wegen der begleitenden Umstände seinerzeit so großes Aufsehen erregt hat. Unter der schweren Anklage, den eigenen Vater ermordet zu haben, steht der 24jährige, frühere Reserveoffizier Hans Wendelstädt vor den Geschworenen. Der Kaufmann Hans Wendelstädt, ein sehr wohlhabender Mann und Generalvertreter einer bedeutenden französischen Sektfirma, wurde am 1[illegible]. Mai in seiner Zwölfzimmerwohnung am Kurfürstendamm 188/189 tot aufgefunden. Die Leiche lag völlig bekleidet hinter der Korridortür auf der Diele in einer großen Blutlache. An der Leiche wurden zwölf Stichverletzungen festgestellt. Ueber der Mordtat liegt ein völliges Dunkel. Der Ermordete war am Abend der Tat gegen 10 Uhr, als sich das Dienstmädchen zur Ruhe begab, von diesem im sogenannten Bilderzimmer lesend gesehen worden. Die alsdann sich abspielenden Vorgänge sind völlig unaufgeklärt; wie die Mordtat sich abspielen konnte, ist um so unbegreiflicher, als die Wohnungstüren des Abends ordnungsmäßig verschlossen worden waren, am nächsten Morgen in demselben Zustande vorgefunden wurden. Nachdem lange Ermittelungen nach dem Täter angestellt worden waren, lenkte sich allmählich der Verdacht auf den Sohn des Ermordeten, der drei Monate nach der Tat in Haft genommen wurde. Der Angeklagte bestreitet mit aller Entschiedenheit, die Tat begangen zu haben; zu seiner Ueberführung wird ein umfangreicher Indizienbeweis ins Feld geführt. Da mehr als zwanzig Zeugen zu vernehmen sein werden, sind für die Verhandlung zwei Tage angesetzt.

Eine vorbildliche Schüleraufführung.

In der überfüllten Aula der Werner-Siemens-Realschule, Bankstraße, fand Sonntag eine Aufführung statt, die Zeugnis ablegte, daß ohne patriotisches Beiwerk die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus sehr enggeknüpfte sein können. Stabübungen, turnerische Aufführungen, Wanderfilms und ein von Schülern dargestelltes, wohlgelungenes Theaterstück „Der Nachtwächter" füllte den Abend aus. Eine Huldigung des Turnvaters Jahn, dessen Büste rot-weiß drapiert war — der Lichtbildervortrag des Lehrers Pusch — verschönte den Abend, so daß der Zweck der Aufführung, einen Fonds für die Wanderkasse zu gründen, erreicht wurde und, wie wir annehmen, auch den weniger begüterten Kindern zugute kommen dürfte.

Aufhebung einer „Nebenbörse".

Der wilde Handel mit Börsenpapieren, der in der letzten Zeit wieder einen großen Umfang angenommen hatte, führte zu Beschwerden der Börsenbesucher bei dem Börsenvorstand. Dieser sah sich nun veranlaßt, um den verbotenen Handel zu unterbinden, die Kriminalpolizei auf das unlautere Treiben aufmerksam zu machen. Besonders lebhaft ging es, wie die Feststellungen der Kriminalbeamten ergaben, in einem Ladengeschäft in der Nähe der Börse in der Burgstraße zu. Der an der Straße belegene Raum war als Lotteriegeschäft eingerichtet und nur der Eingeweihte wußte, was in den Hinterräumen vor sich ging. Dort wurde alles gehandelt, was an der benachbarten Börse gehandelt wurde. Vertrauensleute pendelten immer zwischen der großen und der kleinen Börse hin und her und übermittelten den Stand der Papiere. Um diesem verbotenen Handel ein Ende zu machen, hatten sich gestern Kriminalbeamte dort eingefunden, die plötzlich die Ein- und Ausgänge absperrten. Zugleich stockte auch der Betrieb. Etwa fünfzig Personen, die in den Räumen angetroffen wurden, wurden namentlich festgestellt. Gegen die Unternehmer wurde ein Strafverfahren eingeleitet und die „Nebenbörse" unter ständige Beobachtung gestellt.

Die Magistratsvorlage über den Erlaß eines neuen Ortsgesetzes betreffs die Zuweisung von Gemeindebeamten als Dezernenten zu Deputationen und Kommissionen gelangte gestern unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Steiniger im Ausschuß zur Vorberatung. Nach eingehender Beratung, wobei von verschiedenen Seiten ernste Bedenken laut wurden, zogen die Vertreter des Magistrats, Syndikus Dr. Lange und Magistratsrat Wolbling, die Vorlage zurück. Der Stadtverordnetenversammlung wird demnächst eine neue Vorlage zugehen, in der die Bedenken der Stadtverordneten berücksichtigt werden dürften.

Milchbelieferung. Am Dienstag, den 7., Mittwoch, den 8., Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. d. M. werden die ½-Liter-Krankenkarten nicht mit Milch beliefert. Als Ersatz hierfür wird am Dienstag, den 7. d. M., auf die Dauer von vier Tagen eine Büchse holländische gezuckerte Magermilch zum Preise von 8,75 M. an die Verbraucher abgegeben. Am Sonnabend, den 11. d. M., erhält die ½-Liter-Krankenkarte ¼ Liter Frischmilch. Die ¼-Liter-Krankenkarte wird vom Dienstag, den 7. d. M., bis einschließlich Freitag, den 10. d. M., mit ¼ Liter Frischmilch beliefert. Am Sonnabend, den 11. d. M., erhalten die ¼-Liter-Krankenkarten nur ¼ Liter Frischmilch. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Bei dem Brand der Krampenburg sind, wie uns mitgeteilt wird 5 Personen verletzt worden. Herr Voigt, sein ältester Sohn und eine Kousine sind im Cöpenicker Krankenhaus untergebracht, während Frau Voigt und der jüngste Sohn in der Krampenburg liegen. Da die Frau des Bootsbauers Winkler das Feuer nach den umliegenden Ortschaften telephonisch meldete, waren die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften Müggelheim, Cöpenick, Grünau und auch die Schmöckwitzer und Eichwalder schnell zur Stelle. Dadurch konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Die Gastwirtschaft unter den Wohnräumen sowie der große Saal sind unversehrt geblieben, nur der Dachstuhl über den Wohnräumen ist abgebrannt.

Die Bezirksversammlung im 4. Berliner Stadtkreis (Prenzlauer Tor) trat erneut zu einer Sitzung zusammen, um über die Zahl der Mitglieder des Bezirksamts Beschluß zu fassen. In der vorberatenden Kommission war ein Antrag unserer Genossen, angesichts der bisher wenig übersichtlichen Verhältnisse und der Finanzlage der Stadt sich vorläufig mit sechs besoldeten und drei unbesoldeten Bezirksamtsmitgliedern zu bescheiden, gegen die Stimmen unserer Genossen und eines Demokraten abgelehnt worden. Zur Mehrheit, die 15 Mitglieder verlangte, gehörten nicht nur die Unabhängigen und Kommunisten, sondern auch die Vertreter der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, die sonst nicht wenig über vermeintliche Verschwendung von öffentlichen Geldern zu zetern wissen. In der Plenarsitzung stellten unsere Vertreter erneut den Antrag auf neun Mitglieder. Für den Antrag, 15 Bezirksamtsmitglieder vorzuschlagen, stimmten diesmal nur die Unabhängigen und die Kommunisten und 1 Bürgerlicher, während die bürgerlichen Parteien sich auf einen Antrag geeinigt hatten, der sechs besoldete und fünf unbesoldete Bezirksamtsmitglieder vorsieht. Da unser Antrag abgelehnt wurde, konnten wir dem Antrage auf 11 Mitglieder zustimmen, der mit 28 gegen 23 Stimmen zur Annahme gelangte. Bedauerlicherweise kam es in der unnötigerweise erregten Diskussion zu Auseinandersetzungen, die jede parlamentarische Würde vermissen ließen. Die Geschäftsordnungskommission wurde beauftragt, in Anlehnung an die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung eine provisorische Geschäftsordnung, die bis zur Ausarbeitung einer einheitlichen Ordnung für alle Bezirke Geltung haben soll, auszuarbeiten. — Als Sitzungstag der Bezirksversammlung wurde der Mittwoch bestimmt, weiter wurde beschlossen, bis auf weiteres in der Schulaula der Gemeindeschule, Danziger Straße, zu tagen.

Rohe Ausschreitungen beging gestern abend der 21jährige Soldat Fritz Balzer vom Reichswehr-Infanterieregiment 5 in Potsdam auf der Chaussee zwischen Bornim und Bornstedt. Wehrlose Passanten wurden von Balzer durch Messerstiche schwer verletzt, u. a. stach er einer Schutzmannsfrau das rechte Auge aus. B. konnte später verhaftet werden.

Wohltätigkeitsveranstaltungen. Zu dem am Mittwoch, den 8. Dezember stattfindenden Gr. Wohltätigkeitsfest in der „Brauerei Königstadt" haben zugesagt: Alexander Moissi, Alice Cassirer, Heß von der Wyk, Geza und Nora von Kresz, Mauersches Sängerquartett. — Zum Besten der „Deutschen Kinderhilfe" veranstaltet der Schulkinderwohlfahrtsausschuß des Vereins Berliner Lehrerinnen dank gütiger Bereitwilligkeit von Paula Schultheß-Reimann (Märchenrezitation), Ingeborg Juncker-Fink (Gesang), Ina Lilienthal (Klavier) Montag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des Grauen Klosters, Klosterstraße 74, einen Vortragsabend. Karten zu 3 Mark an der Abendkasse und bei H. Bolle, Marburger Straße 14.

Heiterer schlesischer Abend. Herr Gerd Siew veranstaltet am 7. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saale der Sezession zum Besten der Berliner Grenzspendentage für Oberschlesien einen heiteren schlesischen Dialektabend. Eintrittskarten bei Wertheim, Bote u. Bock und an der Abendkasse zum Preise von 3, 5, 8 und 10 M.

Tempelhof. Die Nachfrage nach den Eintrittskarten für die Aufführung „Die Schöpfung" ist eine sehr starke. Wir ersuchen deshalb unsere Genossen, spätestens am Zahlabend sich mit Karten zu versehen, da später nicht mehr garantiert werden kann, daß noch Karten zu haben sind. Arbeitslose Genossen haben freien Eintritt. Der Bildungsausschuß.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mitgliederversammlungen

finden am Mittwoch, den 8., und Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in den Abteilungen statt. Der Bezirksvorstand hat dieselben mit Tagesordnung im Inseratenteil der heutigen Nummer angezeigt.

Wir ersuchen die Genossinnen und Genossen, für regen Besuch dieser wichtigen Veranstaltungen zu agitieren.

Für das Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, sucht das Jugendsekretariat einen Parteigenossen, welcher Dienstags, Donnerstags, Freitags von 7—½10 Uhr und Sonntags von 4—½10 Uhr das Jugendheim leitet. Näheres durch das Jugendsekretariat NW. 40, In den Zelten 23.

Heute, 7. Dezember:

7. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Elternbeiräte und Kandidaten bei Engelhardt, Friesenstr. 9.

20. Kreis. Kreisvertreterversammlung abends 7 Uhr in Wittenau bei Schulze, Oranienstr. 89. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Pflicht.

Jungsozialistische Vereinigung. Abteilung Osten. 7 Uhr bei Bombe, Straßmannstr. 7. Vortrag fällt aus. Dafür findet Mitgliederversammlung statt.

S.P.D.-Fraktion des Verbandes soz. Lehrer. Abends 7 Uhr Hinter der Garnisonkirche Sitzung. Wichtige Tagesordnung.

Tempelhof. 7½ Uhr bei Buse, Werder-, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, Vortrag.

Karlshorst. 121. Abt. ½8 Uhr Vorstandssitzung bei Bachnick, Dönhoffstr. 26. — Mittwoch ½8 Uhr Mitgliederversammlung bei Huth, Treskow-Allee 66. Vortrag des Gen. Gustav Link: Das Versailler Diktat und seine wirtschaftlichen Folgen.

Morgen, 8. Dezember:

8. Abt. Mitgliederversammlung 7 Uhr in Rabes Festsälen, Fichtestraße 29. Referent: Gen. Dittmer.

16. Abt. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der 2. Handwerkerschule, Andreasstr. 1. Referat des Gen. Fr. Schlegel über Sozialismus und Bolschewismus.

17. Abt. 7 Uhr Schulaula Hohenlohestr. 10. Wichtige Tagesordnung.

18. Abt. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Schulaula, Litauer Straße 18. Ausbau der Polizei und ihre Stellung zu unserer Partei. Ref.: Genosse Hartmann.

19. Abt. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Schulze, Samariterstr. 38. 1. Bericht vom Bezirkstag. 2. Aufstellung der Kandidaten zur preußischen Landtagswahl.

24. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Schulaula, Christburger Straße 14. Vortrag des Gen. Weide: „Unsere Ziele." „Vorwärts"-Leser willkommen.

31. Abt. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Schönfließer Str. 7. Bericht über den Bezirkstag.

32. Abt. 7 Uhr Abteilungsversammlung in der Schulaula Kraussstraße 11.

Das Licht der Heimat.

80] Von August Hinrichs.

Voll hatte er sich nach der Tür gewandt, — sie sollte ihn sofort erkennen. Und sie erkannte ihn — aber sie erschrak nicht. Unbefangen lächelnd, als wären sie gute Freunde geblieben, trat sie ihm näher: „Dierk, — du bist es also wirklich?"

Ohne ein Wort sagen zu können, sah Dierk sie an. War das nun Verstellung — oder wußte sie, daß er hier war — wußte sie es und kam trotzdem? Er war so verwirrt, wie sie unbefangen war. Er sah nicht, daß sie ihm die Hand reichen wollte, sie aber hob sie rasch empor und tat, als wollte sie sich eine Haarlocke aus der Stirn streichen.

Nachträglich erst erfaßte er ihre Bewegung. Da überwand er sein grenzenloses Staunen und ärgerte sich, daß er sich so hatte verwirren lassen. Kühl, aber höflich wies er auf einen Stuhl: „Bitte, Fräulein, wollen Sie sich einen Augenblick setzen."

Sie biß sich leicht auf die Lippen und folgte stumm seiner Einladung.

„Sie sehen mich überrascht von dem Zufall, der uns hier zusammenführte," begann er, „darf ich annehmen, daß es wirklich nur ein Zufall war, der Sie ebenso überraschte wie mich?"

Ruhig und vornehm sah sie ihn an. „Nicht ganz," sagte sie leicht, „wenn man in den Fachzeitschriften von diesem Werk las, war der Name seines Erbauers nicht verschwiegen."

Ihr Gesicht erschien ihm rätselhaft. „Sie wußten also?" fragte er, „Sie wußten und kamen trotzdem, oder vielleicht — gerade deswegen?"

„Keins von beiden — ich habe mich viel mit den chemischen Verbindungen im Moor beschäftigt und damit, wie diese vielleicht auszubeuten wären; habe auch meine Doktorarbeit über diesen Stoff geschrieben. Ich kam, weil man mich rief und weil mich die Arbeit lockte." Das klang beinahe stolz. Prüfend sah er sie an, aber sie gab seinen Blick kühl und unbewegt zurück.

Da gab er sich innerlich einen Ruck. Wenn es sich um ernste Arbeit handelte, durfte er da kleinlich sein und sich von Dingen bewegen lassen, die so viele Jahre zurücklagen?

„Fräulein Corneli," sagte er, „es gibt einen Tag in meinem Leben, der mir zwei bittere Erfahrungen brachte — eine davon verdanke ich Ihnen. Ich kann den Tag nicht auslöschen — und will es auch nicht. Aber ich habe ihn endgültig überwunden. Das mußte ich Ihnen sagen, um ein klares Verhältnis zwischen uns zu schaffen."

Sie nickte kaum merklich mit dem Kopf. Er wartete einen Augenblick, aber sie antwortete nicht auf seine Worte.

„Ich hoffe, daß die Arbeit Sie hier befriedigen wird," fuhr er fort und griff nach dem Fernsprecher auf seinem Tisch: „Ich lasse Herrn Sommer bitten."

Da stand sie auf: „Ich danke Ihnen, Herr Folkers, und will wünschen, daß meine Arbeit Ihrem Werke Nutzen bringt."

Sommer trat ein: „Lieber Freund," sagte Dierk, „wollen Sie bitte Fräulein Corneli die nötigen Anweisungen geben und für sie sorgen? Ich werde mich in den nächsten Wochen kaum um sie bekümmern können."

Und als Sommer gern diese Pflicht übernommen hatte, fügte er hinzu: „Wir sind übrigens alte Bekannte und haben uns schon vor Jahren kennen gelernt."

Als er allein war, blieb er einen Augenblick in Gedanken verloren sitzen. Dies Mädchen hatte ihm einmal höchste Seligkeit geschenkt und tiefstes Leid zugefügt. Und jetzt? Sie hatte ihren Weg allein gemacht — und er den seinen. Strich darunter. Es sollte ihn nicht stören. Entschlossen griff er nach dem Stift und beugte sich über seine Arbeit.

Aber er war nicht bei der Sache. Hatte sie jenes Erlebnis, das ihm so ernst und heilig gewesen war, so leicht überwinden können? War er nur ein Spielzeug für sie gewesen, das man nahm und wegwarf, wenn man es nicht mehr brauchte? Das lag nicht in ihrem Wesen, und dennoch — er konnte daraus nicht klug werden. Fast bereute er, sie nicht sofort zurückgeschickt zu haben. Jedenfalls wollte er sich überhaupt nicht um sie kümmern.

Auch Fräulein Corneli schien alles zu tun, um ihn zu meiden, denn in den nächsten Tagen bekam er sie nicht zu sehen. Sommer hatte ihr einen Arbeitsraum eingerichtet und berichtete ihm gelegentlich, daß sie sich anscheinend ganz in ihre Arbeit vergrübe. Er hatte seinem getreuen Mitarbeiter überlassen, alles zu entscheiden, was nötig wurde; aber als er nun vor der Frage stand, die Ergebnisse der chemischen Untersuchungen zu verwerten und vielleicht ein neues Unternehmen neben dem Hauptwerk zu errichten, wollte dieser die Verantwortung nicht allein tragen. Es handelte sich zunächst darum, ein vereinfachtes Verfahren zur Herstellung von Spiritus aus Torf zu erproben, und weil diese Sache vielleicht einen großen Gewinn abwerfen konnte, durfte Dierk sich nicht ausschließen.

Widerwillig nahm er an der gemeinsamen Arbeit teil. Aber was er befürchtete, traf nicht zu. Inge Corneli blieb durchaus zurückhaltend und verriet weder durch Worte noch Gebärden, daß sie etwas anderes in ihm sah als den Vorgesetzten. Da überwand er seine schwerfälligen Bedenken und gewann es über sich, unbefangen und zwanglos mit ihr zu sprechen.

Inzwischen waren die Arbeiten am Werk selbst nahezu vollendet. Auch die Hauptleitungen waren nun fertiggestellt. Außer mit den nächstgelegenen bäuerlichen Gemeinden waren die Verträge über Stromlieferung mit mehreren Fabriken und ein paar Kleinstädten abgeschlossen worden. Das war besonders wertvoll, weil hierdurch eine dauernde und gleichmäßige Belastung der Maschinen erreicht wurde.

Dierk konnte zufrieden sein — das Werk war auch für die Zukunft gesichert.

Jetzt mußten die Anschlüsse an die Großabnehmer nachgeprüft und übergeben werden. Dierk wollte reisen, aber Sommer behauptete, daß er unmöglich in diesen Tagen fehlen dürfe, lieber wolle er selbst die Arbeit übernehmen, so ungern er sich auch von seiner Frau trenne. Dierk sah ein, daß der Freund recht hatte und mußte nachgeben.

Sommer fuhr ab, und Dierk war gezwungen, sich noch mehr als bisher mit Fräulein Corneli zu beschäftigen. Aber auch jetzt, wenn er stundenlang mit ihr allein war, änderte sich nichts in ihrem ruhigen Verhalten gegen ihn.

(Forts. folgt.)

38. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Franke, Brückenstr. 20. Vortrag des Gen. Staatssekretär Gizesinski.

7. Kreis (8 Gruppe, 55. Abt., Charlottenburg). 7½ Uhr Gruppenabend bei Schwoche, Krummestr. 4.

Charlottenburg (15. Gruppe). 7½ Uhr Gruppenversammlung bei Prill, Knesebeckstr. 2.

Wilmersdorf, 69. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Caspar, Lauenburger Str. 21. Tagesordnung: Die besetzten Gebiete und der Frieden von Versailles. Ref.: Frau Abg. Genossin Ege. — 70. Abt. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Krämer, Prinz-Regentenstr. 90. Thema: „Steuerfragen". Ref.: Gen. Kurt Heinig. — 71. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im „Tübinger Hof", Kaiserplatz 19. Tagesordnung: Stellungnahme zur Landtagswahl. Ref.: Gen. Karl Helfhold. Neuwahl der Abteilungsleiter.

Zehlendorf, 74. Abt. (Gruppe I, Nikolassee). 8 Uhr Vortrag des Gen. Matern über „Die politische Lage".

11. Kreis, Schöneberg-Friedenau. 78. Abt. Abends 7½ Uhr Zahlabend, Feurigstr. 57, Schulaula. 1. Bericht vom Bezirkstag. Ref.: Gen. Ratmann. 2. Welche Steuern haben wir zu zahlen? Ref.: Gen. Burfiegel. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag am 10. Dezember. 4. Vereinsangelegenheiten. Abteilungsvorstand: 6½ Uhr Vorstandssitzung im angegebenen Lokal.

Schöneberg, 79. Abt. Die Zahlabende finden in folgenden Lokalen statt: Bezirk 7a bei Arndt, Bautzener Str. 10. Bezirk 7b bei Rowenau, Ecke Hohenfriedberg- und Kolonnenstraße. Bezirk 7a bei Nitsche, Siegfriedstr. 9. Bezirk 43 u. 44 bei Groß, Sedanstr. 17. Bezirk 45 u. 46 bei Baim, Ecke Rosbach- und Ebersstraße. Bezirk 47 bei Reihen, Rotenstr. 35. Bezirk 48 bei Eichholz, Sedanstr. 48. Bezirk Sachsendamm bei Gramm, Ecke Genest- und Reichartstr. Bezirk Lindenhof bei Fintel. — 80. Abt. (Friedenauer Ortsteil.) 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Bez. 1 bei Gustisch, Ecke Rubens- und Begasstr.; Bez. 2 bei Löhn, Rubensstr. 49; Bez. 3 bei Haar, Ecke Haupt- und Stierstr. Tagesordnung in allen Bezirken: 1. Vortrag. 2. Die kommenden Landtagswahlen.

Neukölln. Bezirksversammlungen 7½ Uhr in folgenden Lokalen: 1. Abt. Bez. 1. Richter, Maybachufer 5; Bez. 2, 3, 4. Hahlmann, Lobrechtstraße 84; Bez. 5, 8, 9. Brandt, Pflügerstr. 19; Bez. 6, 7. Beck, Reuterstraße 46; Bez. 10, 11, 22. Wäschke, Weserstr. 7. 2. Abt. Bez. 12, 21. Roie, Boumé str. 54; Bez. 13, 14. Schweighöfer, Weichselstr. 39; Bez. 16, 17. Brüfert, Fuldastr. 44; Bez. 18, 20. Schittler, Weichselstr. 5; Bez. 19, 20. Podbielski, Weichselstr. 2. 3. Abt. Bez. 24, 26. Lübbecke, Karlsgartenstraße 12; Bez. 25. Glauert, Wißmannstr. 20; Bez. 27. Ramin, Mainzer Straße 12; Bez. 28. Sauer, Kienitzstr. 80; Bez. 36, 37, 38. Hirsche, Münchener Straße 23. Bez. 39. Marquardt, Mahlower Straße 11. 4. Abt. Bez. 30, 31. Ewald, Weserstr. 172; Bez. 32. Düre, Wildenbruchstr. 81; Bez. 15, 33. Gerecke, Harzer Str. 32; Bez. 35, 45. Grunert, Donaustraße 99; Bez. 46, 47. Brägel, Roseggerstr. 17; Bez. 63, 64. Schneider, Rotenstr. 7. 5. Abt. Bez. 60, 62. Ruppelt, Kaiser-Friedrich-Straße 172; Bez. 61. Pelgier, Treptower Str. 23; Bez. 74, 75. Bartel, Schudomastraße 3/4; Bez. 76, 77. Amelungsen, Schwarzastr. 1; Bez. 78, 79. Schmidt, Saalestr. 24; Bez. 80. Günzel, Mareschstraße. 6. Abt. Bez. 40, 41. Müller, Schillerpromenade 30; Bez. 50. Hannemann, Herrfurthstr. 27; Bez. 52. Schuhmacher, Steinmetzstr. 56; Bez. 66. Goelle, Hermannstraße 190; Bez. 67. Wolf, Allerstraße 7; Bez. 68. Möhl, Schillerpromenade 27; Bez. 69. Meier, Weise-, Ecke Leinestraße; Bez. 51. Wilhelm, Herrfurthplatz 7; Bez. 58. Laubel, Weisestr. 23. 7. Abt. Bez. 54, 55, 65. Grieger, Lessingstraße 9; Bez. 49, 58, 59. Lempe, Lessingstraße 6; Bez. 42, 56, 57. Wiebisch, Zietenstr. 40; Bez. 43, 44, 48. Buchholter, Fuldastr. 4. 8. Abt. Bez. 71, 72. Sauer, Thomasstr. 31; Bez. 73, 81, 83. Müller, Thüringer Str. 5; Bez. 82. Warnstädt, Thüringer Str. 23; Bez. 84. Odrom, Emser Str. 9; Bez. 85. Lehmann, Emser Straße 131; Bez. 94. Schulz, Emser Str. 27. 10. Abt. Bez. 94, 95, 100. Laue, Knesebeckstr. 34, Ecke Hermannstr.; Bez. 96, 98, 99. Berthold, Arnoldstr. 1; Bez. 97, 98. Ruck, Berzelstr. Ecke Ringbahnstr.; Abt. 97 (9. Abt.) Versammlung, Greils Festsäle, Hermannstr., Ecke Schierkestr.: „Die kommenden Landtagswahlen". Ref. Genosse Gustav Heller, M. d. L.

Abt. 102 (Baumschulenweg). 7½ Uhr Gemeinsamer Zahlabend bei Holz, Baumschulenstr. 72. Bericht vom Bezirkstag. Wahl der Kreistagsdelegierten.

Adlershof, 105. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Ratskeller, Bismarckstraße. Wichtige Tagesordnung.

Lichtenberg. 114. Abt. 1. Gruppe bei Hampich, Mainzer Straße. 2. und 3. Gruppe bei Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17. 4. Gruppe bei Schulz, Gärtnerstr. 1b. — 116. Abt. Zeichensaal der Schule Holteistraße. Referent: Gen. O. Mahler: Unsere volkswirtschaftliche Lage. — 117. Abt. Botonegek, Hauptstr. 87. Referent: Gen. H. Sänger über Bodenreform. — 118. Abt. Knorr, Gudrunstr. 7. Referent: Gen. K. Knoll: Friedensvertrag, Völkerbund und Sozialdemokratie. — 119. Abt. Gesangssaal des Cecilien-Lyzeums, Rathausstraße. Referent: Gen. Dr. Bendiner über Siedlungsfragen.

Fredersdorf (Ostbahn). Abends 8 Uhr, bei Zibell: Zahlabend. 1. Vortrag über die politische Lage. 2. Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen. 3. Berichte.

Weißensee. Kreis-Mitgliederversammlung, abends 7½ Uhr, in der Bornthalbrauerei, Berliner Allee. Tagesordnung: 1. Stellung zur Besetzung des Bezirksamts. 2. Stellungnahme zur Preuß. Landtagswahl. 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirkszahlabende in den Abteilungen Weißensee, Hohenschönhausen, Falkenberg fallen aus.

Hermsdorf. 20. Bez., 136. Abteilung. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die kommenden Landtagswahlen. 2. Die Zusammensetzung des Bezirksamtes. 3. Neuwahlen zum Vorstand. 4. Mitteilungen.

Lichtenrade. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schule, Kronstraße. Saal wird dort durch Aushang bekanntgemacht. Wichtige Tagesordnung.

Jugendveranstaltungen.

Dienstag, 7. Dezember.

Der Vortragskursus des Genossen Dr. Roth über „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus" findet heute abend im Zentraljugendheim Lindenstr. 3, um 7 Uhr statt. — Süd-West. Zentraljugendheim, Lindenstraße 3: Mitgliederversammlung. — Britz. Jugendheim, Schule Chausseestraße 132: Mädchenabend. — Charlottenburg. Jugendheim, Rosinenstraße 4 (Volkshaus): Mitgliederversammlung. — Gesundbrunnen. Jugendheim, Gotenburger Str. 2. Schule: Vortrag: Unsere Jugendbewegung. — Moabit. Jugendheim, Waldenserstr. 20: Vortrag. — Niederschöneweide. Jugendheim, Oberschöneweide, Laufenerstr. 2: Vortrag: Amerika, wie es ist. — Schöneberg. Jugendheim, Rubens- Ecke Hauptstraße: Mitgliederversammlung. — Süden. Jugendheim, Wilmsstr. 10: Mitgliederversammlung. — Tegel. Jugendheim, Bahnhofstr. 15: Mitgliederversammlung. — Treptow-Baumschulenweg. ½8 Uhr im Jugendheim, Eichenstr. 3: Wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Letzte Besprechungen zur Weihnachtsfeier. — Weißensee. Waldpromenade, Ledigenheim: Diskussionsabend.

Aus aller Welt.

Muttermord! Vorgestern erwürgte in Langfuhr der 18jährige Kaufmannslehrling Erich Lange, Sohn eines Eisenbahnobersekretärs, seine Mutter in der elterlichen Wohnung durch Erdrosseln mit einem Handtuch. Der Täter lebte mit seinen Eltern in Unfrieden und wollte die Abwesenheit seines nach Berlin versetzten Vaters benutzen, um von der Mutter Geld zu erhalten, das sie ihm verweigerte. Nach der Tat legte er die Leiche der Mutter auf das Bett in der Mädchenkammer, fesselte ihr die Hände und steckte ihr einen Knebel in den Mund, um einen Ueberfall vorzutäuschen. Bis Mitternacht trieb er sich in der Stadt umher und war auch in einem Kino. Als er gegen Mitternacht versuchte, in der elterlichen Wohnung zu übernachten, wurde er festgenommen. Er ist geständig.

Familiendrama. In dem Schwarzwalddorf Rippoldsau hat der Fabrikant Konrad aus Wülflingen infolge finanzieller Schwierigkeiten im Einverständnis mit seiner Frau diese, seine drei kleinen Kinder im Alter von ein bis drei Jahren und dann sich selbst erschossen.

Schwere Fabrikexplosion. In den bayerischen Sprengstoffwerken zu Neumarkt in der Oberpfalz fand aus ungeklärter Ursache eine Explosion im Mischraum statt. Drei Tote, etwa zehn Schwerverletzte und hunderte von Leichtverletzten wurden geborgen. Die Gebäude sind stark beschädigt, der Betrieb wird teilweise aufrechterhalten. Unbestätigte Berichte melden fünfzehn Tote.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Anfangs überwiegend trübe und neblig aber trocken. Später im Norden langsame Aufheiterung und überall weitere Abkühlung.

Preußens Finanznöte.

In der Preußischen Landesversammlung steht als erster Punkt auf der Tagesordnung die erste Beratung des Entwurfs betr. die Uebertragung richterlicher Geschäfte in Grundbuchsachen auf die Gerichtsschreiber und die Vorsteher der Katasterämter.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Müller-Prüm (Z.) und Dr. Kaufmann (Dnat.) geht die Vorlage an den Rechtsausschuß.

Es folgt die Etatsberatung beim

Haushalt des Finanzministeriums.

Dazu liegen Anträge des Haushaltsausschusses vor, für das Rechnungsjahr 1920 und 1922 je 120 weitere neue planmäßige Stellen für Katasterassistenten einzusetzen. Weiter soll der Finanzminister in erhöhtem Maße das Recht erhalten, die von anderen Ministerien angemeldeten Geldforderungen, soweit diese nicht auf Beschlüsse der Landesversammlung oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen, zurückzuweisen, entsprechend der Regelung für den Reichsfinanzminister durch die vom Reichskabinett am 9. Oktober 1920 beschlossenen Grundsätze.

Abg. Bartels (Soz.):

Die Zahlen des Haushalts, so erschreckend doch sie erscheinen, sind doch heute bereits überholt. Diesem Finanzelend muß abgeholfen werden. Es wird Jahre dauern, ehe wir aus den Schwierigkeiten herauskommen, mag die zukünftige Regierung aussehen, wie sie will. Dem Antrag des Ausschusses, die Machtposition des Finanzministers zu verstärken, stimmen wir zu und haben das Vertrauen, daß der Minister seine größere Freiheit richtig zur Anwendung bringen wird. Ferner sind wir für Vereinfachung der Verwaltung, wobei Ersparnisse gemacht werden müssen. Mit Gehaltserhöhungen wird der Not nicht dauernd gesteuert. Es muß möglich sein, einen Preisabbau herbeizuführen.

Die Verschwendungssucht unseres Volkes steigt bedenklich, wofür

die Umsätze auf den Rennbahnen

ein böses Beispiel bilden. Sie betrugen nach Angabe eines Berliner Blattes eine halbe Milliarde. Wir bekämpfen die Auffassung, daß die Rennen zur Hebung der Pferdezucht notwendig seien. Die Hauptförderung erfährt aber der Luxus durch das bedauerliche Versagen der Verwaltung. Das Steuerjahr ist bereits drei Viertel zu Ende, und die Eintreibung der Steuern hat vielfach noch nicht begonnen. Das ist ein Skandal! (Sehr richtig! links.) Die Steuerverwaltung erklärt damit tatsächlich ihren Bankerott. Gerade die steuerscheuen Elemente finden so Gelegenheit, zu verschwinden und zu verschieben, während die Leute mit kontrollierbarem Einkommen die harten Lasten tragen müssen.

Wir sind einverstanden, daß die preußischen Bevollmächtigten für den Reichsrat vorläufig weiter im Amte bleiben, später werden sie wegfallen müssen. Mit dem Vorgehen des Ministers in den Fällen Busch-Löhlein sind wir einverstanden. Die direkten Vertreter des Ministers müssen mit ihm konform gehen, sonst können sie ihn nicht vertreten. Der Minister muß sich seine Mitarbeiter selbst aussuchen dürfen. Ueber die Notwendigkeit,

neue Einnahmequellen

zu erschließen, waren wir bei der Besprechung der Finanzverwaltung schon einig. Inzwischen ist ein Gesetzentwurf über Grund- und Gebäudesteuern vorgelegt worden, der vielfach sehr kühl aufgenommen wurde. Auch wir finden nicht unbedingt Geschmack daran, aber wegen der bitteren Notwendigkeit und weil die Auswahl an Steuern für die einzelnen Länder sehr gering ist, würden wir es bedauern, wenn der Entwurf nicht mehr verabschiedet würde. Seine Grundlage wenigstens ist akzeptabel. Wir glauben, daß Preußen trotz alles Elends sich wenigstens wieder in der Richtung des Aufstiegs bewegt. Unsere Zuversicht ist, daß der Weg allmählich zu der von uns erstrebten Gesellschaftsordnung führt, die allein dauernd das Wohl des Volkes verbürgt. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Kries (Dnat.): Der Finanzminister hat in seiner letzten Rede sehr bedenkliche Ausführungen über die Anpassungsfähigkeit der Beamten gemacht. Seine Deutung dieses Begriffes fordert unseren schärfsten Widerspruch heraus. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es erregt unser Befremden, daß im Finanzministerium die Personalfragen von einem Herrn bearbeitet werden, der im Privatdienstvertrag steht. (Zustimmung rechts.) Die Auswahl der Beamten darf nicht schematisch vorgenommen und die Prüfung nicht als alleiniger Maßstab angesehen werden. Wenn wir der Entschließung des Ausschusses, durch die die Stellung des Ministers gestärkt wird, grundsätzlich zustimmen, so verbinden wir damit nicht eine Vertrauenskundgebung gegenüber dem Finanzminister. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Wir kommen von der Finanznot nicht eher los, als bis wir von den Besatzungskosten frei geworden sind. Der Finanzminister hat uns erklärt, daß er seinen Posten als Sozialdemokrat übernommen hat und ihn als solcher führen wird. Wie kann ein Mitglied einer parlamentarischen Koalitionsregierung innerhalb seines Dienstbereichs seinen Parteistandpunkt durchsetzen wollen?

Finanzminister Lüdemann:

Unsere ganze Politik ist durch den Friedensvertrag beeinflußt. Auch Herr Dr. Leidig könnte keine anderen Maßnahmen ergreifen als ich. Für die soziale Reform und für die Beamtenbesoldung müssen ja viele Mittel aufgebracht werden. Die

Forderung größter Sparsamkeit

sollte auch das Haus bei seinen Beschlüssen beachten. Die Besteuerung der Rennwetten ist durch ein Reichsgesetz geregelt. Den Referendaren soll aus besonderen Fonds geholfen werden, von einer allgemeinen Besoldung kann nicht die Rede sein. Die Frage der Besatzungszulagen ist von mir durch eine Verfügung auf sofortige Auszahlung geregelt worden. Es muß gefordert werden, daß die Beamten auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehen, zumal solange der Bestand der Republik nicht völlig gesichert ist. (Sehr richtig! links.) Mit dieser Anschauung habe ich seinerzeit keine Forderung, sondern ein Bekenntnis vor den Beamten ausgesprochen, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Derselben Meinung hat übrigens Fürst Bismarck in der Reichstagsrede vom 3. März 1881 Ausdruck gegeben. Er sagte, daß es eine unwürdige Erscheinung sei, wenn die höheren Verwaltungsbeamten mit den Anschauungen der Reichsregierung nicht im Einklang stehen. Hinsichtlich des Falles Busch-Löhlein besteht grundsätzlich nach Ansicht der Regierung keine Verpflichtung zur Auskunft über die Zurdispositionsstellung der politischen Beamten.

Irrig ist auch die Ansicht, daß der § 130 der Reichsverfassung an dem preußischen Beamtenrecht irgend etwas geändert habe. Nach Artikel 27 der preußischen Verfassung hat jeder Preuße

das Recht freier Meinungsäußerung.

Ausnahmebestimmungen, die für die Beamten dieses Recht beschränken, gab es auch früher nicht, aber die alte Regierung hat in der Auslegung beträchtliche Beschränkungen angewendet. (Sehr richtig! links.) Dagegen wahrt die heutige Regierung nach Möglichkeit die Rechte der Beamten. Für den Fall, daß die Konservativen wieder zur Herrschaft kommen sollten, sind glücklicherweise in der Verfassung gegen die Wiederholung der früheren Schikanen Garantien getroffen worden. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß die Staatsbeamten hinsichtlich der Wahrung ihrer Rechte zu der gegenwärtigen Regierung volles Vertrauen haben können. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerialrat Dr. Schulz berichtet über die Einzelheiten eines Vertrages betreffend die Uebernahme der ehemals königlichen Theater in Hannover durch die Stadtverwaltung.

Abg. Dr. Gräger-Charlottenburg (Dem.): Zweifellos muß die Beamtenschaft politisch in einem gewissen Gleichgewicht mit der Regierung stehen. Die Schlemmerei muß rücksichtslos besteuert werden. Nicht einverstanden sind wir mit Erlassen der Finanzämter gegen die Steuerhinterziehungen, durch die das Denunziantentum im Steuerwesen gefördert wird. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Grebe (Zentr.): Wir sind mit dem Finanzminister dahin einverstanden, daß keine Ausgabe ohne Deckung erfolgen darf. Die Finanzlage ist im höchsten Grade trostlos, die Hauptschuld daran hat der Friedensvertrag. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Lüdemann: Die Grundsteuer muß auf jeden Fall noch von der Landesversammlung verabschiedet werden.

Die Verminderung der Beamten

habe ich so weit durchgeführt, daß zahlreiche Beamte für die Steuererhebung in den Reichsdienst übergetreten sind. Das Finanzministerium kann bei den ungeheuerlich anwachsenden Geschäften keinen Beamten mehr entbehren. Herrn Dr. Leidig bemerke ich, daß er zwar die Mitverantwortung für die Finanzgestaltung ablehnt, daß seine Freunde aber zahlreiche Forderungen betreffs Besoldung gestellt haben und daher auch für die Ausgaben mitverantwortlich sind. (Beifall links.)

Es folgt die Beratung über die Staatsschuldenverwaltung.

Abg. Dr. Weißermel (Dnat.): Früher war das Reich Kostgänger bei Preußen, jetzt ist es umgekehrt. Hinsichtlich der Staatsschuldenverwaltung bedarf es einer Neuregelung, für die jedoch keine Dringlichkeit vorhanden ist.

Finanzminister Lüdemann: Eine Dringlichkeit ist für die Abänderung kaum vorhanden. Je weniger Schulden wir haben, desto eher können wir sie vom Reiche mitverwalten lassen. Eine selbständige Schuldenverwaltung für Preußen ist unnötig.

Hierauf wird der Haushalt der Staatsschuldenverwaltung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Kleine Anfragen, Haushalt.

Schluß 5 Uhr.

Soziales.

Deutscher Kongreß für Säuglingsschutz.

Auf der heute fortgesetzten Tagung der „Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz" wurde eine Protesterklärung gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von Milchkühen angenommen.

Zum Entwurf eines preußischen Hebammengesetzes regte Medizinalrat Prof. Dr. Schloßmann-Düsseldorf an, daß Hebammen bis zu einer bestimmten Zahl Entbindungen pro Monat mit festem Gehalt bezahlt werden sollen. Wird diese Zahl überschritten, so soll für die weiteren Gebiete Einzelbezahlung eintreten. Sie soll unterbleiben, wenn das Kind nicht über 24 Stunden lebt. Gegen diese Vorschläge wurden von mehreren Rednern ernste Bedenken geltend gemacht.

Dann referierte Prof. Dr. Schloßmann über „Die Stellungnahme des Säuglingsschutzes zum Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes". Er hob hervor, daß durch die neue Verfassung des Deutschen Reiches der Jugendschutz in einer Weise festgelegt ist, wie in keinem anderen Land der Erde. Ein Ausführungsgesetz zu diesem Teil der Verfassung ist das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, dessen Entwurf vorliegt. Mit ihm erklärte der Referent sich im allgemeinen einverstanden. Unter anderem begrüßte er mit Genugtuung die Ausschaltung der Polizei aus der Beaufsichtigung von Haltekindern. Namens einer Unterkommission schlug er eine Reihe Abänderungen des Gesetzentwurfs vor. Die Befugnisse der mit der Aufsicht betrauten Personen sollen erweitert werden. Die Aufsicht ist auf alle bei der Mutter untergebrachten unehelichen Kinder auszudehnen. Gefordert wird auch regelmäßige Ueberwachung aller Anstalten durch Beauftragte der Regierung. Dr. Schloßmann faßte seine Ausführungen zusammen in Leitsätze, die hauptsächlich folgendes sagen: Der Kongreß sieht in dem vorliegenden Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ein geeignetes Mittel, der Jugend und besonders Säuglingen und Kleinkindern das Maß von Schutz und Fürsorge zu gewähren, auf das sie nach der Reichsverfassung Anspruch haben. Er bittet Reichsregierung und Reichstag um möglichst beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Abänderungen.

Die Diskussion ergab im wesentlichen Zustimmung.

Im letzten Teil der Sitzung wurde eine Resolution vorgelegt. Der Kongreß sollte erklären, daß er bedauernd Kenntnis davon genommen habe, wie geringe Mittel für Gesundheitspflege und Wohlfahrtspflege in den Reichshaushalt eingestellt worden sind. Er glaube, daß trotz ungünstiger Finanzlage des Reichs auf diesen Gebieten nicht gespart werden darf. Das deutsche Volk könne nicht gesunden, wenn seine Jugend verelendet. Das Reich müsse den Gemeinden ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Zu fordern sei auch Schaffung einer besonderen Abteilung für Gesundheitspflege und Wohlfahrtspflege bei einem der Reichsministerien.

Diese Resolution wurde dem Vorstand überwiesen. Damit schloß der Kongreß.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heimatstreue Oberschlesier (Ortsgruppe Südwest). Mittwoch abend 7½ Uhr, Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, Kochstr. 13: Mitgliederversammlung, Abstimmungsfragen. — Stenographenverein Stolze-Schrey, Nordbezirk. Uebungen für Damen und Herren Dienstag und Freitag 7–9½ Uhr 120. Gemeindeschule, Gartenstr. 107a.

Sport.

Arbeitersportkartell Lichtenberg und Umgegend. Am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Wegner, Frankfurter Allee 206: Ausschußsitzung. Jeder Verein muß vertreten sein. Tagesordnung u. a.: Arbeitersportkongreß.

Zur Rennsaison 1921. Für das kommende Rennjahr wurden 274 Renntage festgesetzt. Dem Kartell wurden sechs und dem Strausberger Rennverein fünf Tage mehr als im Vorjahr bewilligt. Der Strausberger Rennverein hat nunmehr 15 und die anderen Berliner Rennvereine haben je 20 Tage bewilligt bekommen. Zudem wird in der kommenden Rennzeit Baden-Baden wieder seine Pforten öffnen. Am Sonnabend bildete sich außerdem ein Verband der mitteldeutschen Rennvereine, dem die Vereine Kiel, Stettin, Bremen, Breslau, Dessau, Halle, Hannover, Harzburg, Lübeck-Travemünde, Leipzig, Magdeburg und Oldenburg angeschlossen sind.

Internationales Schachturnier. In der 3. Runde siegten Dr. Tarrasch über Tartakower, Breyer über Marocdy, Bogoljuboff über Sämisch, Reti und Spielmann machten Remis, ebenso wie Mieses und Leonhard.

Kommunistischer Verschmelzungs-Parteitag

Nach dem Referat Koenens (siehe gestrige Abendausgabe) folgte der Bericht der Organisationskommission, den Oelßner ablegte.

Ein Antrag des Referenten und des Sprechers der Organisationskommission, über das Referat zur Organisation der Partei keine Debatte zu eröffnen, wird gegen eine heftig opponierende Minderheit angenommen. Bei der Erledigung einiger Anträge zum Organisationsstatut wird es etwas lebhafter. Besonders über den Namen der neuen Partei konnte man sich nicht einig werden. Es wird sogar namentliche Abstimmung über ihn beantragt. Das Organisationsstatut wird gegen eine Minderheit angenommen. Es folgt das Referat über die Richtlinien zur Jugendfrage von Heilmann (Berlin), die ohne Debatte angenommen werden. — Sparfeld (Dresden) fordert die Aufstellung eines Kulturprogramms. — Klara Zetkin wandte sich dagegen. Das ganze kommunistische Programm sei ein Kulturprogramm. (!) Es handele sich jetzt darum, durch diese Leitsätze die Aufmerksamkeit des Proletariats darauf zu lenken, daß die sogenannte Schulreform gänzlich bankrott gemacht habe. — Die Leitsätze wurden einstimmig angenommen.

Dann referierte Fritz Heckert über

die Arbeitslosenfrage.

Den Arbeitslosen müsse Hilfe gebracht werden, um die Arbeiterklasse zu retten. . . . Redner ging in großen Zügen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland ein und wandte sich in scharfen Worten gegen die Unternehmersabotage, unter Hinweis auf das Verhalten der Firmen Borsig und Daimler. Die Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen mache sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den sogenannten Siegerstaaten im ähnlichen Maße bemerkbar, und man müsse noch Weihnachten mit einem riesigen Anschwellen der Erwerbslosenziffern in allen Ländern rechnen. Die Vereinigte Kommunistische Partei fordere nicht den Ersatz der Arbeiter in den Betrieben durch Erwerbslose, auch nicht die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der letzteren, sondern die Erhaltung des Existenzminimums für die Arbeitslosen und ihre Eingliederung bei gleichbleibendem Lohn. Zum Schluß wandte sich Heckert noch gegen die von der K.A.P.D. getriebene

Politik des Kritisierens,

die es mitverschuldet habe, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft indifferent und stumpfsinnig geblieben sei. Er schloß mit einem Appell an die Arbeiterschaft, eine gemeinsame Front mit den Erwerbslosen herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Fröhlich (Berlin) erklärte, daß der ungeheure Gegensatz, der gegenwärtig zwischen Arbeiterschaft und Erwerbslosen bestehe, am besten dadurch beseitigt würde, daß man es vermeide, die Arbeitslosen als Lohndrücker auf dem Markt erscheinen zu lassen.

Schreck (Mannheim): Wir müssen zu Straßendemonstrationen übergehen, die sich von Tag zu Tag wiederholen müssen, bis der Skandal fertig ist. Sonst dauert es zu lange und die Arbeitslosen verhungern inzwischen.

Zu diesem Thema wurden dem Parteitag drei Resolutionen vorgelegt, darunter eine des Referenten und eine vom Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands. — In den Entschließungen wird der Parteitag zur politischen Aktivität und zur Milderung der Not der Arbeitslosen aufgefordert und die Zentrale beauftragt, gegen die Abfindung der Hohenzollern durch ein „korruptes Parlament" zu protestieren. — Weiter wird gefordert, sofortige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zur vollen Höhe des Arbeitsverdienstes, Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch Verkürzung der Arbeitszeit und bei gleichbleibendem Lohn, sowie Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Nach einem Schlußwort Heckerts wurden die Resolutionen einstimmig angenommen und die Verhandlungen auf Dienstag vormittag vertagt.

Wirtschaft

Die Zusammenbruchtheorie.

Wir haben einen Riesensack voll Schulden, die Arbeitslosigkeit ist groß, die Geldentwertung führt zu einer fortschreitenden Verarmung breiter Schichten, die Kriegsentschädigung hängt über uns in unbekannter Höhe. Was steht dem denn überhaupt noch gegenüber? Ein Wirtschaftskörper mit gewaltigem Produktionsapparat, der allerdings teilweise abgenutzt ist, eine Landwirtschaft, die zwar gleichfalls geschwächt, aber doch voll in Gang ist und ein Arbeitsvolk von durch ausgezeichnete Schulen hervorragend geschulten Arbeitskräften, die noch ungeahnte Leistungen vollbringen können. Geht durch dieses Volk ein starker Arbeitswille, ein fester Glaube an ein Aufwärtskommen, dann kann und muß es auch wieder in die Höhe kommen! Wir müssen uns fragen, wie lange wir dieses kommunistische Zusammenbruchgefasel mit anhören wollen. Nehmen wir denn nicht dem Arbeiter jeglichen Antrieb, auch nur einen einzigen Groschen zu sparen und sich durch Fleiß emporzubringen, wenn wir es dulden, daß ihm für übermorgen der große Kladderadatsch angekündigt wird? Ein Teil unserer Wirtschaftszweige hat Monopolstellungen, vor allem die Rohstoff- und Schwerindustrie als auch die Landwirtschaft und Handel, sie gleichen durch entsprechende Gewinne und Renten die fortschreitende Geldentwertung aus. Warum duldet man das, warum läßt man nicht auch sie die Wirkungen der Geldentwertung fühlen, warum faßt man nicht an der Quelle das Kapitalrenteneinkommen über 5 Proz., aber ganz gehörig progressiv steigend, an? Ein Berliner Arbeiter tat den Ausspruch: „Wenn Wilhelm II in der Massenspeisung essen müßte, wäre der Krieg bald zu Ende." Wir können auch sagen, wenn die Kapitalmächtigen erst die Wirkungen der Geldentwertung voll und ganz spüren müßten, wäre es mit unserer heutigen Wirtschaftsform, in der die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes ungenügend berücksichtigt werden, auch bald zu Ende! Das Kapital ist gewaltig gewachsen, nicht aus entsprechend gestiegener Produktion, sondern trotz erheblich verringerter Produktion auf Kosten der Massen durch vermehrte Gelderzeugung. Wir müssen also das Kapital in Not bringen und gleichzeitig die Arbeitsleistung steigern. Das in seinem Profit geschmälerte Kapital wird gezwungen, neue Organisationsformen zu suchen um die Kapitalrente aus erhöhter Wirtschaftlichkeit wieder zu steigern.

Eine Wirtschaft mit mehr als 12000 verschiedenen Berufen und 3½ Millionen gewerblichen und industriellen Unternehmungen läßt sich nach russischem Muster nicht sozialisieren, die muß sich aus sich selbst heraus unter dem Druck der Not organisch umbilden, die muß die Unternehmungen sozialisieren, d. h. sie organisch aneinanderfügen und sie der Führung sozialer Persönlichkeiten unterstellen. Das kommunistische wirtschaftliche Ziel ist nur in Gestalt der härtesten Zwangsarbeit bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Menschen möglich und unmöglich für Arbeitermassen, wie sie Deutschland hat, wo der Arbeiter auch Persönlichkeit sein und vor allem werden will. Wir brauchen keinen Zusammenbruch, sondern organische Fortentwicklung. Um sie zu erreichen, müssen Privatmonopole beseitigt, muß das Kapital die Wirkung der Geldentwertung an sich selbst zu spüren bekommen, muß es in Not gebracht werden, damit es sozial zu wirken beginnt und die Arbeitswilligkeit der Arbeiter auslöst. Wir brechen nicht zusammen, wenn wir leben und arbeiten wollen, aber die Kapitalrenten, die uns demoralisieren, müssen wir mit festem Griff erfassen, die Kurse müssen von ihren phantastischen Höhen stürzen, wenn wir gesunden wollen.

Dr. A. Striemer.

Die amerikanische Wirtschaftslage.

In den Vereinigten Staaten herrscht eine außerordentlich starke Geldknappheit. Die Versteifung des Geldmarktes ist darauf zurückzuführen, daß Amerika an einem Ueberfluß an Waren aller Art krankt, für den gegenwärtig die Absatzmöglichkeiten, besonders auch wegen des immer noch sehr hohen Standes des Dollars, sehr gering sind. Verschärft werden Warenfülle und Geldknappheit dadurch, daß eine Anzahl von südamerikanischen Ländern (in erster Linie Brasilien), deren Währung in letzter Zeit starken Kursrückgängen ausgesetzt war, in großen Mengen bestellte Waren nicht abnimmt. Auch der kubanische Markt, der für Amerika ein sehr großes Absatzgebiet bedeutet, kommt zurzeit für amerikanische Produkte nicht in Betracht, wegen des in Kuba erklärten Moratoriums. In amerikanischen Finanz- und Handelskreisen will man sich daher jetzt einen größeren Absatz amerikanischer Produkte in Deutschland dadurch sichern, daß man Deutschland hierfür größere Waren- und Valutakredite einräumt, um diesem Lande die Aufnahme amerikanischer Waren zu ermöglichen. Im Zusammenhang hiermit zeigt die Bewegung des Dollarkurses in der letzten Zeit nach unten gerichtete Tendenz.

Sozialdemokratischer Verein Neukölln
30. (früh. 2.) Abt., 12. Bez.
Am 2. Dezember starb nach langem, schwerem Leiden im 57. Lebensjahre unser alter treuer Genosse, der Tischler
Friedrich Senning
Tellstraße 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Neukölln, Mariendorfer Weg, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Abt.-Vorstand.

Bezirksverband Groß-Berlin d. S.P.D. 26. Abt.
Nachruf.
Unser 1. Schriftführer
Ernst Kronenberg
wohnhaft Lothringer Str. 2, ist am 29. November nach kurzem, schwerem Leiden verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.
Der Vorstand.

Plötzlich und unerwartet verstarb am 1. Dezember 1920 nach kurzem Krankenlager der stellvertretende Schriftführer unserer Kasse
Paul Koerlin.
Wir beklagen in ihm einen treuen Freund und Mitarbeiter. Sein offenes und ehrliches Wesen, seine Arbeitsfreudigkeit haben ihn einem jeden von uns nahe geführt. Sein Andenken werden wir dadurch bewahren, daß sein ideales und selbstloses Wirken uns stets ein Vorbild bleiben soll.
Berlin-Schöneberg, den 4. Dezember 1920.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.
Krulow, Vorsitzender.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes, unseres lieben und treusorgenden Vaters usw.
Wilhelm Sonnenburg
sagen wir hiermit allen Beteiligten auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir den Kollegen der Firma Th. Hildebrandt & Sohn, den Genossinnen und Genossen der S.P.D. Reinickendorf-Ost, dem Gesangverein der S.P.D. Reinickendorf-Ost, den Kollegen vom Fabrikarbeiterverband, dem Pflanzenverein „Schillerring", Lotterieverein „Schillerring", sowie dem Genossen Dr. Max Schütte und den anderen Rednern für die trostreichen Worte am Sarge des so früh Verstorbenen.
Ww. Johanna Sonnenburg, geb. Meyer, nebst Kindern und Anverwandten.

Christbaum-Kerzen
en gros en detail
FRACHET, Berlin SO 16, Cöpenicker Straße 65. [115/9]

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkranke behandle schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus
Spr. 10-1, 5-7, Sonnt. 10-1. Teilzahl. gestatt. Damenzim.

Metalle, Quecksilber, Zinn, Weißlager
kaufen laufend
Schulzendorfer Str. 2,
Kösliner Str. 6,
Swinemünder Str. 109.
Kurfürstenstr. 9,
nahe Potsdamer Straße.
Neukölln:
Schillerpromenade 23.

Quecksilber, Goldbruch, Silberbruch, Zahngebisse, Brillanten
kauft
John, Chausseestraße 116,
Portal I. nahe Invalidenstraße.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66
(Hermannplatz). Mpl. 11580

Möbel auf Kredit
A. Gantz u. Neugebauer
Lombardspeicher.
Neue Friedrichstr. 5,
Eingang Voltairestraße.

Geschäftszeit 8½–7
Peek & Cloppenburg G. m. b. H.
Gertraudtenstraße 25-26-27
Neu eingeführt: **Schuhwaren**
Prima Rindbox-Herrenstiefel, derbe Winterware, Good. Welt .... M. 200.–
Echt Boxcalf-Herrenstiefel, Good Welt, erstklassiges Fabrikat .... M. 235.–
Echt Chevreau-Herrenstiefel, Good Welt, vorzügliches Material .... M. 235.–
Rindbox-Herrenstiefel, mit starker Zwischensohle, Good. Welt .... M. 235.–
Spezialität **Sport-Stiefel** für Damen u. Herren
Rindleder-Jagdstiefel, schwarz, genarbt, mit Beutellasche, Außenrahmen wasserdicht, Sohle imprägniert, Good. Welt .... M. 340.–
Rindleder-Sportstiefel, genarbt, mit Beutellasche, Außenrahmen wasserdicht, randgenäht, garantiert Handarbeit, in braun und schwarz .... M. 425.–

Kupfer, Messing
Rotguß, Zink, Blei, Zinn, Quecksilber
kauft zu Tagespreisen.
Fr. Neumann jr., Invalidenstr. 109, Hof. Nord. 10307.
Bestes Absatzgebiet für Fabrikanten und Händler

Mais-Stärke-Puder
amerikanischen, in Paketen und Säcken, sofort greifbar und auf Lieferung abzugeben:
„Woguna" Nahrungsmittel-Industrie-Gesellschaft m. b. Haftung
Berlin W 35, Am Karlsbad 16
Telegramm-Adresse: „Wogunakost"
Fernsprecher: Amt Nollendorf Nr. 91, Amt Lützow Nr. 72, 73, 1943, 3479.

Gegen **Furunkel**
verwende man das als hervorragend, äußerlich anzuwendende Mittel
Helfosin.
Pelikan-Apotheke Berlin W., Leipzigerstr. 98, nahe Charlottenstr.
Zentrum 1135.

Doppel-Riegel 4.90, 5.60 per Stück.
Max Bernh. Kiwi. Friedrichstr. 204. [9015]

Anzüge, Ulster
Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfüchse, Muffen. (Keine Lombardware.)
Verkauf zu enorm billigen Preisen.
Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

Musikinstrumente
für Orchester und Haus, nur eigene Fabrikate, konkurrenzlos, liefert zu Festgeschenken die größte Instrumentenfabrik Deutschlands nur
J. Altrichter, Frankfurt a. O.
Filiale: Berlin C, Königstr. 1–4.
Kataloge gratis.

820er u. 880er Decken u. Schläuche
kauft **Berliner Autobau G. m. b. H.,**
Chausseestraße 38/39.
Norden 1320.
1290D

Märchenspiele
Neuheit! Schneewittchen, Dornröschen, Aschenputtel
hochfein farbig, 3 Märchen nebst 50 Aufstellfiguren, 3 Hintergründe, alles zusammen 10 M. Größte Auswahl Puppen, Gesellschaftsspiele, Spielwaren aller Art zu vorjähr. bill. Preis. A. Maaß & Co., Markgrafenstr. 84, u. d. Lindenstr. 3. Haus.

Metall ankaufsstelle Osten, Grüner Weg 86
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Transportable
Kachelöfen und Kochherde
liefert Spezialfabrik
Erwin Knabe
Berlin NO, Elisabethstr. 61 (Nähe Alexanderplatz).
Tel.: Alex. 3441.

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw.
Damenpelzkragen v. 40
Rotfuchskragen v. 170
Pelzfutter für Mäntel von 150 M. an
Herrenkragen v. 65 an.
Seal Elektric, Biberet, Herren- u. Dam.-Shawlkragen aus Australisch.
Opossum v. 350.– an
Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Alteisen
und sämtliche Metalle kauft und zahlt zu Tagespreisen
Achs,
Alte Jakobstr. 54/55.
Tel.: Moritzpl. 6804.

Zigaretten!
Englische Marken von M. 220 an
Deutsche Marken von M. 120 an.
Eigene Zigarrenfabrik,
daher Zigarr. billiger wie überall.
Hanewacker,
Stumpen, Zigarillos
Neukölln, Bergstr. 52-53
Ecke Jonasstraße.
Berlin, Münzstraße 2.

Die günstigsten Preise
für Kupfer, Messing, Rotguß usw. sowie Zinn und Weißmetall erzielen Sie
Adalbertstraße 4
u. Prinzenstraße 101.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9938

Dringend gesucht:
Kupfer
Blei, Zink
Zinn
Weißlager
zu hohen Preisen
Dresdenerstr. 13/14

Zigaretten-Großhandlung
M. Dessen, Berlin
Alexanderplatz 3, 1 Treppe
Nur für Wiederverkäufer
25 Pf. u. M. 220 u. 205 M. Mille
30 " " " 260 " 210 " "
40 " " " 340 " 285 " "
50 " " " 300 " 375 " "
Abgabe von 100 Stück an
Auswahl bei Mark u. Engrospr.

MASSARY
Zum Weihnachtsfeste!

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Die Jüdin. 6½ Uhr.

Schauspielhaus. Fuhrmann Henschel. 7 Uhr.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Don Carlos. Mittwoch 7: Der Arzt am Scheideweg.

Kammerspiele. 7½ U.: Büchse der Pandora. Mittwoch 7 U.: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 8: Jedermann (20 Abt., 2 Abd.) Mi.: Jedermann (21. Abt., 2 Ab.)

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** ½8 Uhr Rausch (Orska, Abel, Riemann, Richard, Veidtkirch, Dernburg, Römer.) Mittwoch: Erdgeist. (Orska, Dernburg) Donnerstag: Rausch. Freitag: Frau Margit. (Kitty Aschenbach, Harlan, Riemann, Richard, Henden.)

Komödienhaus ½8: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg. (Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Haskel, Steda, Kiper.)

Berliner Theater Allabendlich 7 Uhr: Die spanische Nachtigall mit Fritzi Massary. Erik Wirl, H. Wassmann, Betty Sturm, Olga Engl.

Central-Theater 7½: Frau Bärbel (Operette)

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Troubadour.

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ U.: Hoheit die Tänzerin.

Kleines Theater. 7½ U.: Griselda.

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr, z. 1. Male: „Khelei".

Komische Oper 7½ Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus 7½ Uhr: Arnold Rieck in Die schwebende Jungfrau

Metropol-Theater. Der Hollandweibchen

Neues Operettenhaus 7½ U.: Die Csárdásfürstin

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Jugend.

Schiller-Theat. Charl. 7½ U.: Der Biberpelz

Thalia-Theater Gastspiel Hansi Niese 7½: Botschafterin Leni.

Th. am Nollendorfplatz 7¾ Uhr: Emilia Galotti.

7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

3½: Schnee u. Rosaura

Th. i. d. Kommandantenstr. (früher Herrnfeld-Theater) 7½ U.: Der verflängte Adeler.

Wallner-Theater 7½ U.: Der Geiger von Lugano.

Walhalla-Theater 7½ U. Rastelbinder.

Residenz-Theater. Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer Von Oskar Wilde. Mittwoch 4 Uhr, kleine Preise: Rotkäppchen.

Trianon-Theater. Täglich 7½ Uhr: Kammermusik. Lustspiel v. Heinr. Ilgenstein Carl Clewing, Bergenburg, Olga Limburg, H. Albers. Mittwoch 4 Uhr, kleine Preise: Struwwelpeter.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Der Erbförster.

Königstadt-Theater Bahnhof Jannowitzbrücke Tägl. 7.30 Gala-Sänger. Im Ballsaal TANZ.

APOLLO-Theater 7½ U. Dir.: James Klein. Auslands-Sensationen Kapitän Nansen mit seinen See-Löwen. Albas Kopfrutsch durch den Zuschauerraum. Rasendes Reck Sensations-Fahrt. Backpfeifen-Tänze und weitere Sensationen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7 Uhr: Kabale u. Liebe

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky 7½ Uhr: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Pröckl.) Mittwoch 7, zum ersten Male: Amphitryo. Donnerstag 7½: Flamme.

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Die Scheidungsreise mit Max Adalbert und Trude Hesterberg. Sonnabend 3, zum 1. Male: Fitzlifitz, der Himmelsschneider.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8. Der neue Schlager: Der Fehltritt einer Frau. Volksstück in 4 Bildern. Vorher: Theaterliebe. Operett-Sketsch m. V. Litzek. Sonnabend 3½: Cousin Emil.

½8 Uhr: **Folies Caprice** Sanatorium Steinach. Der gehörnte Siegfried mit Ferd. Grünecker.

Schall und Rauch im Großen Schauspielhaus Dir. Hans v. Wolzogen. Trude Hesterberg a. G. Gregor Rataff, Walter Mehring, Lia Ranza, Paul Graetz, Lala Herdmenger, Desider Zador u. a. Konz. 7¼ U., Beginn 8¼ U.

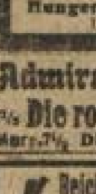
Behrenstraße 54. Anfang präzis 7½ Uhr. Riesen-Weihnachts-Spielplan.

Theat. a. Kottbus. Tor Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.: Elite-Sänger. Ab 1. 12. das große Weihnachts-Programm! Verv. 11-1½, 4-6 U.

Winter-Garten Täglich 7½ Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

B T L Friedenau, Rheinstr. 14 I. Teil. Potsdamer Str. 38, Alexanderpl.-Passage II. Teil des Sensationsfilms Der König v. Paris mit Bruno Kastner. Turmstr. 12 Rosa Porten im Drama Hunger nach Gold I. Teil

Admirals-Palast 7½ Die roten Schuhe. Morg. 7½ Die roten Schuhe


Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 Stettiner Sänger. Nm. halbe Preise. Variété ...

Circus Busch Tägl. 7.15, Mtw., Stg. a. 3 U. Nur noch wenige Tage Mazeppa — 23 Löwen. Marino, das Autoopfer H. Stosch-Sarrasani. Verv.: Tietz, Circuskasse.

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64. Filmschau: Fluch d. Menschheit II. Teil. Bühnenschau: Georg Gau; Helena. Bert u. Berty; Hanni Bendini. Merloff u. Delmar.

Philharmonie. Sinfonie-Konzert d. Philh. Orch. Dir.: R. Hagel. I. Sinf. Beethoven; Solist: v. d. Berg (Viol.). Anfg. 8 Uhr. Eintritt 3.— M.

Zinn u. Blei, Altmetalle, kauft zu hohen Preisen Zinnschmelze, Prinzessinnenstr. 17 (Moritzplatz).

Theater im Motivhaus Hardenbergstraße 6 z (Knie) John Hagenbeck-Film *Der Schädel der Pharaonentochter* 20 große Filmstars u. a. Erna Morena, Anita Berber, Hanna Ralph, Margit Barnay, Agnes Straub, Jannings, Kortner, Vallentin, Diegelmann 7. Dezember, 7 u. 8³⁰ Uhr und folgende Tage

De-Ka Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65 am Rathaus. Intime Musik : : Neu renoviert. Eigene Konditorei

Gonné's Wein-Restaurant **„Criterion"** Linkstraße 2, Ecke Potsdamer Str. Mittagsgedeck. Reichhaltige Speisen- und Weinkarte, mäßige Preise. Abteile für kleinere Gesellschaften. Abends: Tafelkonzert. Fernspr. Lützow 5088.

Brillanten Perlen, Platin, Gold Bruch kauft „Veritas" Jägerstr. 10.

Brillanten Perlen, Smaragde kauft zum höchsten Kurs (auch ganze Nachlässe) W. Weisager, Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

Brillanten kauft Berliner Edelstein-Ges. m. b. H. Friedrichstr. 168. Nur I. Etage

Ankauf von **Brillanten, Perlen,** Uhren, Platin und Goldbruch. G. Schliephacke, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße.

Ankauf von: **Brillanten, Perlen, Juwelen,** zu höchsten Preisen bis zu den größten Objekten. ! Streng reelle Bedienung! Platin-, Gold-, Silberbruch. Brillantenankauf von 11—3 Uhr. Geschäftszeit von 9—6 Uhr. Heinrich Trapp, Am Spittelmarkt, Beuthstr. 10 (Laden).

GOLD- kauft p. Gr. bis 36 M. Platin + Iridium (rein p. Gr. 200 M.) Silberbruch :: Barren. Zahngebisse + Quecksilber zahlt immer noch die höchsten Preise wie bekannt Adolf Friedländer Kommandantenstr. 29, I rechts.

Moderne und doch **billige Wohnungseinrichtungen** sowie Einzelmöbel bei Kramer & Küster G. m. b. H. Möbelhaus ersten Ranges BERLIN N, Gartenstr. 52 am Gartenplatz und Stettiner Tunnel

Jedermann erhält gegen monatliche Teilzahlung Elegante Herren-Moden nach Maß. Beste Stoffe • Gediegene Verarbeitung • Solide Preise. Julius Fabian Gr. Frankfurter Str. 37, nur II Etage

Bezirksverband Groß-Berlin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Berlin NW. 40, In den Zelten 23.

Mitglieder-Versammlungen in Berlin

am Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr:

2. Abt. Döngemach, Kommandantenstr. 88. „Was ist bisher zur Durchführung unserer sozialistischen Schulziele geschehen, und was ist unterlassen worden?" Ref. Gen. Dr. Hilferich.
3a. Abt. (Wahlkreis Halleſches Tor.) Stadtbezirke 21, 22, 25—30, 118, 120 (frühere 2. Abt.) und 55—58 (frühere 3. Abt.). „Wilhelmshof", Anhaltstr. 12. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes.
3. u. 4. Abt. Nationalhof, Bülowstr. 37. „Die Sozialdemokratie und die Reaktion". Ref. Genossin Hanna.
5. Abt. Aula der Arndt-Realschule, Belle-Alliance-Str. 80. Ref. Gen. Kuttner.
6. Abt. Patzenhofer Brauerei, Fidicinstr. 2/3. „Jugendfragen". Ref. Gen. Albrecht.
7. Abt. Blücherſäle, Blücherstr. 51. „Konsumgenossenschaftswesen". Ref. Gen. Güttler.
9. Abt. Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. „Religion und Sozialdemokratie". Ref. Gen. Pastor Francke.
10. Abt. Schulaula, Forster- Ecke Reichenberger Straße. „Zur wissenschaftlichen Grundlegung des Sozialismus". Ref. Gen. Israel.
11. Abt. Beister, Cuvrystr. 11. Ref. Genossin Bauer.
12. Abt. Schulaula, Manteuffelstr. 7. „Wirtschaftselend". Ref. Gen. Erwin Barth.
13. Abt. Gösking, Wassertorstr. 68. „Preußische Verwaltung". Ref. Gen. Hellmann.
14. Abt. Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelufer 15. „Tagesfragen". Ref. Gen. Koblenzer.
15. Abt. „Schlesische Heimat", Neue Friedrichstr. 1. „Politische Tagesfragen". Ref. Gen. Koske.
16. Abt. 2. Handwerkerschule, Andreasstr. 1. „Augenblickliche politische Lage". Ref. Gen. Thomas.
20. Abt. Schulaula, Petersburger Str. 4. „Die Tuberkulose und ihre Verheerungen". Ref. Gen. Dr. Stulz.
21. Abt. Paradiesgarten, Landsberger Allee 153. Ref. Gen. Knief.
22. Abt. Steffens, Landsberger Allee 150. „Steuerfragen". Ref. Gen. Klinsler.
23. Abt. Schulaula, Pasteurstr. 5. „Politische Tagesfragen". Ref. Gen. Kreutziger.
24. Abt. Schulaula, Christburgerstr. 14. „Unsere Ziele". Ref. Gen. Weiße.
25. Abt. Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 23/24. „Politische Tagesfragen." Ref. Gen. Fendel.
26. Abt. Wichmann, Weißenburger Straße 1. „Kulturfragen". Ref. Gen. Herlitz.
27. Abt. Schulaula, Ruppiner Str. 48. „Friede auf Erden". Ref. Gen. Dr. Schütte.
29. Abt. Schulaula, Danziger Str. 28. „Die kommenden Landtagswahlen". Ref. Gen. Giering.
30. Abt. Schulaula, Pappelallee 41/42. Ref. Gen. Schiff.
32. Abt. Schulaula, Gotenburger Str. 30. „Sozialisierung". Ref. Gen. Kennik.
33. Abt. Schulaula, Grauerstr. 11. „Volkswirtschaft". Ref. Gen. Marske.
34. Abt. Schulaula, Bremmer Straße 59/60. „Die kommenden Landtagswahlen". Ref. Gen. Brückner.
35. Abt. Kellner, Huttenstraße 34. „Die kommenden Landtagswahlen". Ref. Gen. Fuchs.
36. Abt. Köhlers Festsäle, Tieckstr. 24. „Steuerfragen". Ref. Gen. Möbus.
38. Abt. Berger, Lynarstr. 21. „Die politische Lage". Ref. Gen. v. Harnack.
40. Abt. Schulaula, Waldenserstr. 20. Ref. Gen. Neumann, M. d. L.
41. Abt. Arminius-Festsäle, Bremer St. 71. „Die kommenden Landtagswahlen". Ref. Gen. Bieth.
42. Abt. Schulaula, Sparrer Straße 20. „Die Landtagswahlen". Ref. Gen. Bruns.
43. Abt. Giebel, Pankstr. 52. Ref. Gen. Kabelitz.
44. Abt. Schulaula, Prinzenallee 8. „Außenpolitik". Ref. Gen. Dr. Lechlin.
45. Abt. Schulaula, Christianiastr. 38/39. „Modernes Zeitungswesen". Ref. Gen. Burkhardt.
46. Abt. Schulaula, Wiesenstraße 15/17. „Politische Tagesfragen". Ref. Gen. Kühne.
47. Abt. Schulaula, Lütticher Str. 47/48. „Religion und Sozialismus". Ref. Gen. Arndt.
48. Abt. Schulaula, Osloer Straße. „Heinrich Heine und die Arbeiterbewegung". Ref. Gen. Hecht.

Schwerhörigen-Gruppe. Taubstummenschule, Markusstr. 49, Hof l. II.

Am Donnerstag, den 9. Dezember, abds. 7 Uhr:

1. Abt. Schulaula, Auguststr. 67/68. „Unsere nächsten Aufgaben". Ref. Gen. Wurschick.
37. Abt. Armshof, Perleberger Straße 26. „Christentum und Sozialismus". Ref. Gen. Pfarrer Dühn.

Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin × N. 54, Linienstr. 83—85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr:

Branchenversammlung der Autogen- u. Elektro-Schweißer sowie Schweißerinnen im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15

Tagesordnung:

1. Moskau oder Amsterdam und welche Aufgaben haben die Gewerkschaften zu erfüllen?
2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr

Branchenversammlung der Metalldrücker im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4)

Tagesordnung:

1. Die Politik der Gewerkschaften. 2. Verschiedenes.

Montag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr

Versammlung der Drückerlehrlinge im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15

Wir bitten, alle Lehrlinge auf die Versammlung hinzuweisen. Die Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen. Auf Beschluß der Generalversammlung müssen in allen Versammlungen, die zur Politik unserer Gewerkschaft Stellung nehmen, alle Richtungen zu Worte kommen. 129/14

Die Ortsverwaltung.

Innungs-Krankenkasse d. Vereinigten Lackierer-Innung zu Berlin.

Am Freitag, 10. Dezbr. 1920, abends 7½ Uhr, findet im Kassenlokal, Ackerstr. 138 II, eine **ordentliche Ausschußsitzung** statt mit folgender Tagesordnung:

1. Verlesen des letzten Protokolls.
2. Wahl eines Rechnungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung.
3. Voranschlag für das Jahr 1921.
4. Sonstige Kassenangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand. 131/8 Otto Koch, Vorsitzender.

Sekt! Weiß- u. Rotweine von M. 14.— ab einschl. Steuer. Süßweine. Rum — Punsch. Burgunder-Punsch. Französ. Liköre. Whisky. Verlangen Sie Preisliste. Süddeutsches Weinhaus G. m. b. H. Berlin W. 66 Leipziger Straße 13. Zentrum 8920.

Schlafzimmer eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850,-; dasselbe weiß lackiert 3500,-. Herrenzimmer 2 m Bibliothek komplett 4680.—. Speisezimmer gediegene Ausführung mit 6 echten Lederstühlen 4360.—. Kücheneinrichtung 575.—. Klubgarnituren 4000.—, nußbaum Standuhren 1200.—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen. Hans Lennert, Berlin N, Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Ankauf Juwelen Margraf & Co. Kanonierstr. 9.

Trauringe Dukatengold 900 gestemp. M. 180.—, 14 k. Gold 585 gestempelt, 8 k. Gold 333 stets vorrätig am Lager. Einkauf von Gold, Silber, Brillanten. Zahle die höchsten Preise. MINOGA Grüner Weg 69 Telephon: Alex. 6430. Filiale: Schönhauser Allee 89 Telephon: Humboldt 1537

Stellenangebote

Gewandte Kaufleute, Versicherungsbeamte, als Werber für eine landwirtschaftliche Zeitschrift bei sehr hohem Einkommen gesucht. Richter's Druckerei, Berlin-Britz. [289b]

Straßenhändler! gesucht zum Vertrieb eines konkurrenzlosen Schlagers, den jede Hausfrau bringend benötigt.

Wiederverkäufer! für Küchengeräte aus bestem Sta Blech, wie Bratpfannen, Kochtöpfe usw. 12/19E

Weihnachtsschlager! Muster und Auskunft durch: Goncerzewicz und Feldt, Charl., Kaif.-Friedrich-Str. 11.

Zum Besuch von **Privatkundschaft** nach Adressen werden tüchtige **Mitarbeiter** gesucht. Offerten unter O 16 an die Hauptexped. des „Vorwärts". [1289b]

Werkzeugmacher für Klein-Vorrichtung und Lehrenbau gesucht, nur wirklich erfahrene Leute werden berücksichtigt. 1387b A. Benecke & Co., Luckenwalde, Kurstr. 54.

Lebens- u. Aussteuer-Versicher.-Gesellschaft sucht tüchtige **Mitarbeiter.** Offerten unter F 16 an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 1388b

Erfahrener Fachmann in Beheizung von Lokomotiven und stationären Kesselanlagen zur Beaufsichtigung unserer Betriebe **gesucht.** Angebote mit Beilegung von Zeugnissen u. mit Angaben von Gehaltsansprüchen an Innwerk Baudirektion B., Mühldorf a. Inn. 122/5

Aufpolsterin für Möbel, Wüst, Birkenstraße 38 (Bhf. Putlitzstr.)

Mechaniker im Apparatebau bewandert, unverheiratet, zu sofortigem Antritt nach naher Provinzstadt gesucht. Persönliche Vorstellung erbeten. 2388b Nordd. Metall- u. Holz-Verwertungs-Ges. Berlin W 62. Kleiststr. 22.

MÖBEL Bedeutend herabgesetzte Preise gegen bar oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7 (Wedding-Pl.)

Bei **Nervosität** körperlicher und geistiger Abspannung Dr. Hoffbauers ges. gesch. **Lecithin-Präparate** mit Eisen | mit Arsen | mit Kola. Aus reinstem, dem Hühnerei entzogenem Nervstoff oder Lecithin hergestellt. Ausführl. Lit. gratis durch Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffplatz) Amt Ztr. 7192

Steppdecken in allen Preislagen, Bettfedern ... 3. Walst ... Filialen: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr. u. Nikolsburger Platz 2. Alte Steppdecken werd. aufgearbeitet.

Klavier oder Stutzflügel zu kaufen ges. Kurfürst 8139. 57/14*

Pianos gute gebrauchte, tadellos ausgearbeitet, von 4200 M. an, wenig gebrauchte, enorm große Auswahl, billig. Stets günstige Gelegenheitskäufe. Pianohaus Alexanderstr. 37 gegenüber Polizeipräsidium

Teuerungszuschläge und Beamtenresistenz.

Amtlich wird mitgeteilt: Eine Vorlage über die Erhöhung des Teuerungszuschlages zu den Kinderzulagen für die Beamten liegt dem Reichstage zur Beschlußfassung vor, mit dessen Zustimmung zu rechnen ist. Die Fertigstellung der neuen Ortsklasseneinteilung wird mit größter Beschleunigung betrieben. Weiterhin sollen, soweit es möglich ist, noch vor Weihnachten auf Grund der neuen Besoldungsordnung Nachzahlungen ausgeführt werden.

Seitens der Regierung geschieht alles zur schleunigsten Regelung dieser Frage. Wenn trotzdem unter den Postbeamten in einzelnen Gebieten eine Bewegung für die Ausübung der passiven Resistenz und des Streiks entgegen dem Willen der maßgebenden Führerschaft der Beamten eingesetzt hat, die geeignet ist, die deutsche Wirtschaft schwer zu schädigen, so muß demgegenüber mit den gesetzlichen Mitteln eingeschritten werden. Der Reichspostminister hat deshalb an die Oberpostdirektionen verfügt, daß bei Dienstverweigerung, gleichgültig, ob damit Fernbleiben vom Amte verbunden ist oder nicht, gegen Beamte gemäß Paragraphen 10 und 14 des Reichsbeamtengesetzes einzuschreiten sei und daß Lohndienstbeschäftigte bei gleicher Veranlassung fristlos zu entlassen seien.

Wir halten diese Drohungen, die einer Fortnahme des Streikrechts gleichkommen, durchaus nicht für geeignet, den berechtigten Unwillen der Masse der mittleren und unteren Beamten zu beseitigen.

Die Beamten der Staatstheater.

Unter der Leitung der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten hielten die Beamten der Berliner Staatstheater im Konzertsaal der Staatsoper am Montag eine Versammlung ab. Die übrigen Staatstheater waren durch einen Delegierten aus Kassel vertreten. Zugegen waren ferner Vertreter aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, dem Finanzministerium und Intendant v. Schillings. Es kam zum Ausdruck, in welch unhaltbarer Lage sich diese Beamtenschaft befinde. Gerade in dieser Verwaltung hätten sich im Laufe der Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse schwieriger gestaltet als in anderen Staatsbetrieben. Die unteren Besoldungsgruppen befänden sich nur deshalb in der größten Not, weil sie zum Teil erst nach jahrzehntelanger Hilfsdienstzeit die Beamteneigenschaft erhalten hätten und so erst spät in den Genuß erhöhter Beamtenbezüge hätten kommen können. In der Entschließung wurden die einzelnen Punkte über die vorzunehmende Abwendung der Notlage zusammengefaßt und den Regierungsvertretern Mittel und Wege angegeben, wie man sie in die Tat umsetzen könnte. Der Verhandlungsleiter schloß die Sitzung mit der Bitte an die Regierungsvertreter, dafür zu sorgen, daß die ihnen zu Gehör gebrachten Wünsche gerade der unteren Gruppen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden, weil sonst die Erregung unter der Beamtenschaft der Staatstheaterbetriebe nicht mehr gemeistert werden könnte. Die Gewerkschaftsleitung wird auf der Grundlage der gefaßten Entschließung sofort mit den in Frage kommenden Ministerien in Verbindung treten.

Beamtenstreik in Deutschösterreich.

Wien, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Vorw.") Wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen sind die Beamten zahlreicher Kategorien in den Ausstand getreten.

Der Prinz-Prozeß unterbrochen.

Wie bereits gemeldet, ist einer der beisitzenden Richter der 4. Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher der Prozeß gegen den früheren Leiter des Sicherheitsdienstes, Prinz, seit über 2 Jahren verhandelt wird, erkrankt. Da der Arzt die Anzeichen der Lungenentzündung festgestellt und dem Erkrankten wegen Lebensgefahr verboten hat, das Zimmer zu verlassen, war das Gericht in die unangenehme Zwangslage versetzt worden, eventuell die ganze Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagen zu müssen, sodaß die ganze bisherige Arbeit und die nicht unerheblichen Kosten umsonst aufgewendet worden wären. Das Gericht fand jedoch einen Ausweg in der Anwendung des § 228 Str.-P.-O., welcher lautet: „Eine unterbrochene Hauptverhandlung muß spätestens am 4. Tage nach der Unterbrechung fortgesetzt werden, widrigenfalls von neuem mit der Verhandlung zu beginnen ist." Das Gericht beschloß heute im Laufe des Tages sich mit den sämtlichen Prozeßbeteiligten in die Wohnung des erkrankten Richters zu begeben und dort auf Grund des erwähnten Paragraphen den Beschluß zu fassen, die Verhandlung vorläufig auf drei Tage auszusetzen.

In der Wohnung des erkrankten Beisitzers eröffnete Geheimrat Brieskorn die Sitzung und richtete an den Angeklagten mehrere Fragen, aus welchem Grunde er von

dem angeblichen Originalmordbefehl

zwei Abschriften genommen habe. Prinz erklärte, daß beide Abschriften als Kopien kenntlich gemacht worden seien, und daß die eine Korie lediglich auch die äußere Aufmachung des Originalschriftstückes genau wiedergeben sollte. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des erkrankten Richters wurde dann die Verhandlung geschlossen und die nächste Sitzung auf Freitagmittag 12½ Uhr im Moabiter Gerichtsgebäude vertagt.

Price und Prinz.

Bereits vor Jahresfrist mußten wir uns mit der Art der Berichterstattung des Berliner Vertreters des englischen Sozialistenorgans „Daily Herald", Herrn Philipp Price, beschäftigen, als dieser eine bewußt falsche Schilderung der Schießereien vor dem Reichstag an sein Blatt gedrahtet hatte, die den offenkundigen Zweck verfolgte, unsere Parteigenossen in der Regierung als Arbeitermörder hinzustellen. Herr Price ist nämlich Kommunist, und als solcher hat er für die Wahrheit, die er offenbar, wie so viele seiner Gesinnungsgenossen, für ein „kleinbürgerliches Vorurteil" hält, eine souveräne Verachtung. Jedes Mittel erscheint ihm gut genug, wenn er hoffen kann, damit unsere Parteigenossen — und seit Halle auch die Rechts-Unabhängigen — in den Augen der britischen Arbeiterschaft zu diskreditieren.

Die neueste Leistung des Herrn Price ist ein längeres Telegramm über den Prinz-Prozeß, welches im „Daily Herald" vom 29. November erschienen ist, und zwar unter großer Aufmachung:

Berlins Prozeß-Sensation.
Das Geheimnis der Ermordung Karl Liebknechts aufgeklärt.
Der Fall Scheidemann.

Die Redaktion des Londoner Blattes ist allerdings angesichts des unglaublich tendenziösen Inhaltes des Telegramms seines Berliner Korrespondenten berechtigt gewesen, diese eigenartigen Ueberschriften zu geben. Die Aussagen des „Hauptmanns" (!) von Tyszka werden ausführlich und kritiklos wiedergegeben, um eine Schuld Scheidemanns und Wels' geradezu als bewiesen hinzustellen, ebenso die Zeugnisse aller mehr oder minder dunklen Elemente, auf die sich die Verteidiger des Prinz stützen. Der Tod des Fräulein Plaumann wird als „außerordentlich verdächtig" bezeichnet und eine Ermordung (durch die Gegner des Prinz) als wahrscheinlich angedeutet. Ueber die Aussage des Genossen Anton Fischer hat Herr Price die Stirn, zu drahten:

„Leutnant Fischer von der Berliner Kommandantur erklärte, **er habe 20 000 Mark für die Mörder Liebknechts erhalten. (!!)** Gezwungen, auszusagen, von wem das Geld stammt, nannte er als Quelle den Bürgerrat von Berlin."

Wir beschränken uns für heute, an die englische Labour Party, die den „Daily Herald" unterstützt, öffentlich die Anfrage zu richten, ob sie es billigt, daß eine derartig verlogene Berichterstattung, die vor keiner Fälschung zurückschreckt, um die Parteien und die Führer der Zweiten Internationale zu verleumden und damit die Geschäfte der Bolschewiki zu besorgen, berufen sein soll, die englische sozialistische Arbeiterschaft, die sonst über keine anderen Informationsquellen verfügt, über Deutschland zu informieren.

Helfe, was helfen mag!

München, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Einwohnerwehr in Wurmgau ruft jetzt bereits die Jugendlichen beider Geschlechter zum Hilfsdienst auf. Die Jugendlichen sollen in ruhigen Zeiten Schreib- und Botendienste verrichten, bei Aufruhr oder Arbeiten zum Nachschub, Verpflegung und sonstige Verrichtungen leisten, damit wehrkräftige Männer frei werden!

Die Zollbehörde als Zensor.

München, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Nach Weisung der Regierung handelt jetzt das Zollamt als Sittlichkeitskommissar. Bei Sendungen ins Ausland beschlagnahmte das Amt u. a. einen Roman „Die Zerstörung der Liebe" von Ewald Gerhard Seeliger, weiter das Memoirenwerk aus der Goethezeit „Der Glücksoldat" von Johann Konrad Friedrich, einen Band Liebesnovellen von Richard Brie, die im Verlage von Georg Müller soeben erschienen sind, eine von Hans Loericke veranstaltete Ausgabe der Novellen des „Bandello", des berühmten Novellisten der italienischen Renaissance, den Shakespeare als Quelle benutzte.

Wiedergutmachung und Besatzungskosten.

Am 13. Dezember beginnt in Brüssel die Konferenz der Sachverständigen, zu der Deutschland eingeladen ist. Welches Gewicht ihren Ergebnissen beigelegt werden wird, müssen wir abwarten.

Einem Vertreter des „Matin" erklärte Ministerpräsident Leygues, Frankreich verlange von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsse im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Etatsjahr 1921 vorgeschossen habe. Es handle sich um 16 Milliarden Frank. Wenn es das tue, werde es Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frist als auch der Zahlungsart bereit finden. Wenn Frankreich aber auf bösen Willen stoße, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, berathen. Der Sonderberichterstatter des „Matin" erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.

Man hat leicht, über Deutschlands Verpflichtungen zu reden, wenn man sie in so unnützer wie erbitternder Weise ins Unausdenkbare steigert. Betrug doch nach französischer Aufstellung für die 13 Monate vom 1. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 die Ausgabe des französischen Besatzungskorps 1 693 571 478 Frank; die der Amerikaner 242 819 147 Dollar, Engländer 47 428 834 Pfund Sterling, Belgier 243 464 772 Frank, Italiener 15 207 717 Lire. Während des letzten Vierteljahres betrug die französische Ausgabe 156 645 000 Frank, die amerikanische 6 843 897 Dollar, englische 3 807 551 Pfund Sterling, belgische 41 823 000 Frank.

Selbst im „Figaro" betont ein Leitartikel, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit begrenzt ist; und er verweist darauf, daß Frankreich allein an Völkerbundgehältern drei Millionen zu zahlen hat. Offenbar ist der Schreiber von der Gegenleistung nicht restlos begeistert.

Flugverbot im Ruhrgebiet.

Aus der Begründung des Ententeverbots von Personenflügen Berlin—Essen scheint hervorzugehen, daß die Benutzung des Essener Flugplatzes als Betrieb deutscher Befestigungen innerhalb der 50-Kilometer-Zone betrachtet wird!

Cecils Nachruf auf Pueyrredon.

Genf, 6. Dezember. (WTB.) In der Völkerbundsversammlung verlas Präsident Hymans den Brief Pueyrredons. Da der Text schon bekannt war, hörte man ohne große Aufmerksamkeit zu; es bildeten sich Gruppen, die die Lage besprachen. Nach der Verlesung des Briefes herrschte allgemeines Schweigen. Hymans teilte darauf mit, daß er den Empfang des Briefes bestätigt habe. Unter lebhafter Spannung ergriff Lord Robert Cecil (Südafrika) das Wort. Nach Worten der persönlichen Sympathie für Pueyrredon sagte Cecil, die argentinischen Vorschläge wären sicher erörtert worden, wenn die Argentinier dageblieben wären. Er habe große Sympathie für die Grundsätze der argentinischen Delegation; der Völkerbund aber müsse wachsen, und er sei der letzte, der sich einem solchen Wachsen entgegenstellen würde. Aber wenn jedes Mitglied eine Haltung einnehme, wie die argentinischen Delegierten, dann könnte überhaupt kein Parlament arbeiten. Die skandinavischen Kollegen hätten tieferes Verständnis für die Umstände bewiesen, da sie trotz der Ablehnung ihrer Vorschläge weiter mitarbeiteten. Trotz der Kritik, die an der Versammlung geübt werde, werde diese weiter ihre Pflicht tun. Sein Vertrauen in die Zukunft sei unerschüttert; eine Warnung aber müsse er aussprechen.

Es sei an der Zeit, mit den Methoden der alten Diplomatie zu brechen,

eine neue Diplomatie müsse befolgt werden, aber unter der Bedingung, daß die nötigen Opfer gebracht würden und auf die anderen Rücksicht genommen werde. Dann werde der Völkerbund sicher eine Zukunft haben.

Im Einverständnis mit der schweizerischen Delegation wurde der Vorschlag betreffend Kinderhilfe des Völkerbundes bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Die Abänderungsanträge Argentiniens und Kanadas, welch letzteres die Streichung des Artikels 10 des Paktes verlangt (gegenseitige Verbürgung des Gebietsumfangs), wurde auf Vorschlag Brantings (Schweden) derselben Kommission überwiesen, der bereits die Bearbeitung der skandinavischen Abänderungsanträge überwiesen wurde. Doherty (Kanada) hätte zwar gern eine Diskussion seines Antrages gewünscht, erklärte sich aber mit dem Antrag Brantings einverstanden, um die Einigkeit der Versammlung nicht zu stören.

Sowjet-Rußland feindesfrei.

Genau so wie die Truppen Wrangels, Petljuras und Semenoffs mußten auch die Banden des Balachowitsch sowjetrussisches Gebiet räumen; sie wurden über die polnische Grenze gedrängt und dort angeblich entwaffnet. Balachowitsch ist leicht verwundet in Warschau.

Moskau, 5. Dezember. (WTB.) In Anbetracht der Nachrichten über terroristische Pläne verschiedener gegenrevolutionärer Gruppen im Auslande gegen die revolutionären Führer gibt die russische Regierung offiziell bekannt, daß sie im Falle solcher Versuche gezwungen sei, strenge Vergeltungsmaßregeln an den vielen Vertretern der gegenrevolutionären Organisationen, der Bourgeoisie und der Weißen Garde, die sich jetzt in ihren Händen befinden und als Geiseln betrachtet werden, zu üben.

Moskau, 4. Dezember. (WTB.) Die Sowjetregierung hat die britische Regierung um eine direkte und klare Antwort auf die Frage ersucht, ob sie bereit sei, ein Handelsabkommen zu schließen und in der nächsten Zukunft Friedensverhandlungen in London oder an einem neutralen Orte zu eröffnen.

Eine polnische Drohung.

Warschau, 6. Dezember. (DA.) Die hiesige „Gazeta Poranna" schreibt zur oberschlesischen Frage: „Im Falle einer Zuerkennung Oberschlesiens zu Deutschland wird Polen gezwungen sein, Krieg zu führen." Die für Polen ungünstige Stellung Englands in der oberschlesischen Frage hat im übrigen in der gesamten polnischen nationalistischen Presse große Empörung hervorgerufen.

Die Drohung des polnischen Blattes beweist eine merkwürdige Art von Achtung vor dem Volkswillen!

Vorkonferenz der Internationale 2½.

Bern, 6. Dezember. Am Sonntag trat in Bern die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz einberufene Vorkonferenz zusammen, welche von folgenden Parteien offiziell beschickt ist: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik, Sozialdemokratische Partei Frankreichs, Unabhängige Arbeiterpartei Englands (die I.L.P. Die Red.), Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (die Menschewiki. Die Red.), Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Da die (amerikanische) Socialistic Party ihre offizielle Vertretung nicht mehr rechtzeitig entsenden konnte, ist sie inoffiziell durch den Genossen Colombo vertreten. Die Konferenz ist ausschließlich besucht von Vertretern sozialistischer Parteien, die aus der Zweiten Internationale ausgetreten sind.

Zwischen Scylla und Charybdis.

Athen, 6. Dezember. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die Volksabstimmung ist ruhig verlaufen. Die Eröffnung der Kammer wurde hinausgeschoben. Die Regierung wird heute die alliierte Note beantworten. Sie wird die Beschuldigung der Treulosigkeit, die Konstantin vorgeworfen wird, zurückweisen und den Beweis der Treue antreten.

Paris, 6. Dezember. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Am 1. Dezember soll in Saloniki ein **Zusammenstoß zwischen französischen und griechischen Matrosen** stattgefunden haben. Dabei sind angeblich ein französischer und zwei griechische Matrosen verwundet worden. Ein griechischer Torpedojäger ist nach Konstantinopel abgegangen, um den Prinzen Georg nach Konstantinopel zu bringen, von wo er sich nach dem Präsus begeben wird. Dann soll von Tre[illegible] Konstantin abgeholt werden.

Auslandsrundschau.

Der Londoner liberale „Achtziger Klub" hat sich gespalten. Eine Gruppe von Koalitionsliberalen hat sich abgesondert und Lloyd George zum Vorsitzenden, Churchill, Cecil u. a. zu Vizevorsitzenden gewählt. Der alte Achtziger Klub bleibt unter Vorsitz von Asquith bestehen.

Nach einer Mitteilung des „Villogosag" bekämpfen sich jetzt in Ungarn nicht weniger als elf monarchistische Gruppen, die jede ihren eigenen Thronkandidaten aufgestellt haben. Darunter befinden sich vier Habsburger: Exkaiser Karl, sein Sohn, unter Horthys Regentschaftszepter, Erzherzog Joseph und Erzherzog Albrecht. Weitere Kandidaten sind der Exzar von Bulgarien, Ferdinand, und sein Sohn Cyrill, der dänische Prinz Axel und ein belgischer Prinz. Ein Teil der Aristokraten mit Bethlen an der Spitze tritt für eine Personalunion mit Rumänien ein und ein anderer unter dem Grafen Batthyany für die Personalunion mit Südslawien. Als letzter, aber nicht unwichtiger Kandidat steht Horthy selbst auf der langen Liste.

Nachdem alle deutschböhmischen Anträge gegen politische Verfolgungen und gegen den Ausnahmezustand im Hultschiner Ländchen abgelehnt worden waren, verließen die deutschböhmischen Abgeordneten geschlossen den Sitzungssaal. Die deutschen Sozialdemokraten warfen den tschechischen Sozialdemokraten vor, daß sie, entgegen dem vom Klubobmann gegebenen Versprechen, nicht für die Entschließung gegen den Ausnahmezustand im Hultschiner Ländchen gestimmt und dadurch deren Ablehnung verschuldet hätten.

Nach einer Havasdepesche aus Konstantinopel sind in Trapezunt bolschewistische Truppen gelandet worden. Zugleich wird bestätigt, daß Kemal Pascha einen Teil seiner Armee gegen die griechische Front bei Smyrna geworfen hat.

Die Entente hat Bulgarien 700 Offiziere mehr zugestanden als der Friedensvertrag es vorsieht. Wie der „Temps" etwas zynisch hinzufügt, kommt dieser Beschluß in einem Augenblick, da Bulgarien den verbündeten Mächten nützlich (! Griechenland!) sein könne.

Infolge der strengen Regierungsmaßnahmen in Barcelona ist in ganz Spanien der Generalstreik proklamiert.

Zum Cuxhavener Zwischenfall. Die aus zwei Offizieren, einem Obergerichtsrat und einem Gerichtssekretär bestehende Kommission der deutschen Admiralität, die zur Vornahme von Feststellungen über den Zwischenfall mit den Ententeoffizieren nach Cuxhaven gekommen ist, hat ihre Tätigkeit beendet und ist nach Berlin zurückgereist.

Eine notwendige Berichtigung. Genosse Hermann Müller schreibt uns: Der Bericht über den sozialdemokratischen Bezirkstag läßt mich in meinem Schlußwort sagen: „Einer Bewegung von links werde das Heer nicht gefährlich werden." Ich habe eine solche Behauptung in dieser Allgemeinheit nicht aufgestellt, sondern in diesem Zusammenhang in längeren Ausführungen nur von einer von links kommenden, von der gesamten Arbeiterbewegung getragenen Bewegung zur Abwehr eines etwaigen neuen Kapp-Putsches gesprochen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Londoner Beschlüsse.

Unserer Ankündigung entsprechend veröffentlichen wir an dieser Stelle fortlaufend die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in London gefaßten Beschlüsse:

I. Resolution über die internationale Lage.

„Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verschleierten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe

gegen den weißen Schrecken in Ungarn

und bei der Aktion zur Verhinderung des Transportes von Kriegsmaterial für die konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen national und international den Kampf führe

gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongreß erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß zu diesem Zwecke

die größtmögliche Einheit

und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerläßlich ist, er richtet den dringenden Appell an alle angeschlossenen Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesen Waffen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rastlose, tatkräftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen."

II. Resolution über den Achtstundentag.

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London versammelte Außerordentliche Gewerkschaftskongreß stellt fest,

daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Uebereinkunft betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf

8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche

als Richtlinien für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitsschutzgesetzgebung bereits der Konvention von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energischen Protest gegen dieses arbeiterfeindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverkürzte Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hintertreiben, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erringung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist."

Deutschland und Washington.

Das Reichsarbeitsministerium hat beim Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine Vorlage eingereicht, die die Ausführung von neun auf der ersten Tagung der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit am 28. November 1919 in Washington gefaßten Beschlüsse betrifft, und zwar u. a. den Entwurf eines Uebereinkommens betr. die Arbeitslosigkeit, die Nachtarbeit der Frauen, die Festsetzung der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit und den Vorschlag betr. gegenseitige Gleichbehandlung der in- und ausländischen Arbeiter. Die Vorlage wird vom Sozialpolitischen Ausschuß am 11. und 13. Dezember beraten werden.

Wie wir weiter erfahren, hat der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft in seiner Sitzung vom 2. Dezember einstimmig beschlossen, der Regierung die Ratifikation der Beschlüsse der Washingtoner Internationalen Arbeiterkonferenz zu empfehlen.

In ernster Stunde.

Der „Deutsche Eisenbahner", das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, teilt in seiner am 11. Dezember erscheinenden Ausgabe mit, daß bis zur Stunde eine Verhandlung zwischen dem Verband und der Regierung über den Anfang November gestellten Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulagen, der später in präziser Form wiederholt wurde, noch nicht stattgefunden hat. Die Beschlüsse des Hauptausschusses des Reichstages vom 4. Dezember werden als ungenügend abgelehnt. Dann heißt es in dem Artikel wörtlich:

„Noch einmal wird zur Stunde der Versuch gemacht, direkte Verhandlungen herbeizuführen. Gelingt dies nicht oder wird die Regierung ein Entgegenkommen ablehnen, dann wird auf dem schnellsten Wege der erweiterte Vorstand zusammentreten, um über die Mittel und Wege zu beschließen, die dann in Anwendung zu bringen sind.

Kollegen, die Stunde ist ernst! **Seid bereit, wenn der Ruf an Euch ergeht, einig und geschlossen den uns drohenden Kampf aufzunehmen.** Alle Sonderaktionen müssen unterbleiben! Wer heute noch durch irgendwelche Handlungen unseren Kampf stört, ist ein Verräter an den Interessen der Kollegen. Die Leitung unseres Verbandes wird zur gegebenen Stunde die geeignete Parole an Euch ergehen lassen. Seid bereit! Und seid einig!"

Gegen gewerbsmäßige Militärmusik.

Seit Jahrzehnten klagen die Berufsmusiker, deren große Mehrheit mit der Not des Lebens hart zu kämpfen hat, über die Konkurrenz, die ihnen durch das außerdienstliche gewerbsmäßige Spielen der Militärmusiker gemacht wird. Am Montag beschäftigte sich eine vom Deutschen Musikerverband einberufene stark besuchte Protestversammlung mit dieser Angelegenheit.

Wie der Referent Briezel vom Verbandsvorstand ausführte, haben die Zivilmusiker gehofft, in der Republik würde ihnen das kümmerliche Stück Brot nicht mehr durch Militärmusiker aus der Hand gerissen werden. Aber es ist bis jetzt noch nicht besser geworden, als es im kaiserlichen Deutschland war. Für das Heer von 100 000 Mann sind 109 Musikkapellen mit zusammen 3000 Mann vorgesehen. Neben diesen werden aber noch so viele Musiker in die Truppe eingestellt, daß sich ihr Bestand auf etwa 5000 Mann belaufen wird. Es ist nicht einzusehen, weshalb man heute, wo an allen Enden gespart werden muß, beim Militär und sogar bei der Sicherheitspolizei Musikkapellen haben muß. Wenn man sie aber für unentbehrlich hält, dann soll man ihnen wenigstens untersagen, den schwer um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern Konkurrenz zu machen. Um das zu erreichen, bemüht sich der Verband seit Jahr und Tag beim Reichswehrministerium, jedoch hatten alle Verhandlungen nicht den gewünschten Erfolg. Im Oktober dieses Jahres hatte sich der Verbandsvorstand mit dem Reichswehrministerium dahin verständigt, daß den Militärmusikern das außerdienstliche gewerbsmäßige Spielen erst dann zu gestatten ist, wenn Berufsmusiker nicht zur Verfügung stehen, daß die Beschäftigung beim Kleinspielen nur durch die zuständigen Arbeitsnachweise vermittelt werden darf und das Spielen geschlossener Kapellen durch paritätische Kommissionen von Militär- und Zivilmusikern geregelt werden soll. — Der Verband glaubte, durch diese Vereinbarung würden die beklagten Mißstände bekämpft werden können. Aber diese Vereinbarung ist gar nicht in Kraft getreten, denn das Reichswehrministerium hat nach Befragung seines Justitiars erklärt, daß schwere Bedenken gegen den Abschluß der Vereinbarung beständen. — Die Berufsmusiker haben weder bei den Behörden, noch beim Reichstag Unterstützung ihrer Bestrebungen gefunden. Die Erregung darüber ist in den Kreisen der Musiker so groß, daß die Verbandsleitung für nichts mehr einstehen kann. Wenn den Musikern nicht geholfen wird, dann werden sie sich selbst helfen. Sie werden die Militärmusiker aus den Lokalen herausholen. (Lebhafte Zustimmung.) In Hamburg ist diese Kampfmethode mit Erfolg angewandt worden.

In der Diskussion erklärte Flatau namens des Afa-Bundes, dieser werde die Musiker, wenn es zum Kampf kommt, unterstützen durch Boykottierung der Vergnügungsstätten, wo Militärmusiker spielen. — Ein Vertreter des Polizeipräsidenten Richter teilte unter lebhaftem Beifall mit, daß der preußische Minister des Innern die Auflösung der Musikkapellen der preußischen Sicherheitspolizei verfügt hat, so daß diese Konkurrenz der Zivilmusiker demnächst völlig verschwindet.

Nach einer regen Aussprache wurde eine Resolution, welche die vom Referenten dargelegten Forderungen vertritt, einstimmig angenommen.

Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher! Der bei der Firma Fritz Jänicke, Gollestr. 2, am 4. Dezember ausgebrochene Streik ist beigelegt, da die genannte Firma den Tarifvertrag für das Lastfuhrgewerbe anerkannt hat.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Metallarbeiterstreik in Rostock. Wie der „Rostocker Anzeiger" meldet, sind Montag früh in Rostock die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Von dem Streik wird voraussichtlich die ganze mecklenburgische Metallindustrie betroffen werden. In Wismar sind die Metallarbeiter schon seit einiger Zeit im Ausstand, auch in Güstrow streiken sie an einigen Stellen.

Lohnzahlung in Frankenwährung. Bei den erneut begonnenen Verhandlungen der Schwerindustrie erklärten die Arbeitgeber nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" ihre Zustimmung zu der Forderung der Frankenzahlung, die der Metallarbeiterverband gestellt hatte. Das Angebot der Arbeitgeber von 1,20 bis 1,50 Franken pro Stunde wurde abgelehnt. Weitere Verhandlungen sollen am 8. Dezember erfolgen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Textilbranche. Mittwoch, 5 Uhr bei Witte, Wollstr. 29, Vertrauensmänner-Versammlung der Gruppe 5, Damenwäsche, Schürzen, Coupons, Tapisserien, kons. Weißwaren. — Gewerbliche Angestellte der Reichsorganisationen. Mittwoch, 5 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, wichtige Vollversammlung. Bericht von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. — Kraftfahrer aller Branchen und aller in der Auto-Industrie Beschäftigte heute $6^{1}/_{2}$ Uhr Vollversammlung in der Schulaula Koppenplatz. Bericht über die mit den Behörden geführten Verhandlungen über die Brennstoffrage.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen. Nordwest I: Restaurant Artushof, Perleberger Str. 26, Dienstag $7^{1}/_{2}$ Uhr. Tempelhof: Restaurant Zum Kurfürst, Dorfstr. 22, Dienstag $7^{1}/_{2}$ Uhr. Norden II: Vereinszimmer der Lamperts-Festsäle, Schönhauser Allee 129, Mittwoch 8 Uhr.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7b (Kaufhäuser). Die zu Donnerstag einberufene Versammlung in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, findet nicht statt.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Mittwoch, $7^{1}/_{2}$ Uhr, Restaurant Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Versammlung aller in der Putzbranche Beschäftigten. Tagesordnung: 1. Soll der Tarif gekündigt werden? 2. Stellungnahme zur Lohnfrage.

Aus der Partei.

Erfreuliche Fortschritte.

Der Sozialdemokratische Verein Groß-Frankfurt hat in den letzten Wochen 1528 neue Mitglieder gewonnen, darunter über 900 in der „Roten Woche", so daß er am Schluß des Quartals über einen erfreulichen Mitgliederzuwachs berichten kann.

Wer macht's nach?

Unser Kölner Parteiblatt teilt lakonisch mit:

73 Aufnahmen für die Partei

hat ein Genosse an einem Tage der Partei zugeführt.

Wer macht's nach?

Wenn es natürlich auch nur ein Glückszufall ist, daß ein Genosse an einem Tage 73 neue Parteimitglieder gewinnt, so zeigt der Erfolg doch, daß noch ein weites und dankbares Feld für unsere Werbearbeit vorhanden ist. Und das sollte jeden Genossen und jede Genossin anspornen, immer von neuem wieder in der Werkstatt, in der Fabrik, auf jedem Arbeitsplatz und in Bekanntenkreisen werbend für unsere Partei und unsere Presse zu wirken.

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands hat ein Programmkomitee eingesetzt, um das Programm der finnländischen Sozialdemokratischen Partei den geänderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der finnländischen Republik entsprechend neuzugestalten. Die finnländische Sozialdemokratische Partei hat sich an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewandt, um alles Material über unser Parteiprogramm, wie über unser Agrar- und Gemeindeprogramm zu erhalten und um sich sonstige Aufklärungen über unser Programm geben zu lassen. Den Wünschen der finnländischen Bruderpartei ist sofort Rechnung getragen worden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Gegen Kopfschmerzen, Migräne und ähnliche Nerven- u. rheumatische Leiden
Lajaunwein
Pelikan-Apotheke
BERLIN W LEIPZIGERSTR. 93

Weihnachts-Angebote
Hosen größtenteils unter Anschaffungspreis, in modernen Straßenmustern, u. a. M. 215, 200, 175, 150, 125, 90, 65,-
Westen Phantasie-Tuch, Waschwesten und einzelne Stoffwesten aus Resten M. 175, 160, 135, 115, 110, 90, 50, 35,-
Morgenjoppen nur aus guter wollener Flauschware mit Seidenornamenten M. 400, 350, 300, 250, 210,-
Pelze Gehpelze, Sportpelze und Chauffeurpelze, je nach Qualität der Felle und Stoffe M. 5000, 4000, 3000, 2700, 2400, 2100, 1800, 1500, 1300,-
Knaben-Anzüge in allen Fassons nur aus guten Stoffen, je nach Größe und Qualitäten, u. a. M. 250, 200, 180, 140, 125, 105, 95, 80, 65,-
Knaben-Ulster in den neuesten Formen aus nur guten Qualitäten, u. a. M. 170, 160, 150, 140, 130, 120, 100, 85,-
Herren-Ulster in Schlüpfern, Raglan und anderen Fassons, im Preise herabgesetzt .... M. 1100, 950, 750, 650, 550, 425, 300,-
Herren-Paletots aus gutem Cheviot, Eskimo oder Satin, im Preise herabgesetzt .... M. 950, 800, 700, 600, 500, 400,-
Nur eine Verkaufsstelle
Baer Sohn
Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Zähne v. 6 M. an, Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 5,— Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzl. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 55, Hochp. Sprechz. 9-7

Vertrauensvolle Auskunft
Hebamme Preuß,
12/18a] Brunnenstraße 76.

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch" (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße.

Depot: Bergstr. 34, Nord. 6873.

Unauffällig
erhält ergraut. Haar die frühere Naturfarbe wieder d. Reichels Regenerator. Dunkelt allmähl. u. ist unverwaschbar. 9,50 u. 15 M. Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstraße 4.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache, höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 43 III. Ecke Kochstr.

Glühlampen
und
Installations-Material
zu kaufen gesucht.
Ing.-Bureau Jul. Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 u. 8818

Die besten Bücher fürs deutsche Haus.
Soeben erschienen!
Theodor Storm
Sämtliche Werke
3 Bände 8 Mark monatl.
Neue wohlfeile Ausgabe, 3 starke Bände, geschmackvoll gebunden 54 Mark. Illustrierte Ausgabe auf gutem Papier, mit 18 ganzseitigen Zeichnungen und einem Stormbildnis in 3 Halbleinenbänden 108 Mark einschl. Teuerungszuschlag.
Ich liefere Theodor Storms Werke vollständig gegen Monatszahlungen von
nur 8 Mark
oder 12 Mark für die illustrierte Ausgabe.
Bestellschein nebenstehend.
Zahlkarten umsonst.
Karl Block, Buchhandlung
Berlin SW 68, Kochstr. 9.
Postscheckkonto Berlin 0748.
Inhalt: Immensee / Späte Rosen / Auf dem Staatshof / Im Schloß / Unter dem Tannenbaum / Aquis submersus / Von Jenseits des Meeres / Im Sonnenschein / Eine Malerarbeit / Auf der Universität / Pole Poppenspäler / Wenn die Aepfel reif sind / Pole Poppenspäler / Waldwinkel / Ein stiller Musikant / Im ganzen über 50 Novellen u. Erzählung. u. seine sämtl. Gedichte.
Theodor Storm ist der Dichter zartester Stimmungen, feinster und stillster Seelenregungen, aber aus seinen unvergänglichen Meisterwerken spricht auch der entschlossene Lebenskämpfer, der allen rauhen und feindlichen Schicksalsmächten mutig ins Auge blickt und sie zu überwinden weiß. Theodor Storm ist der Dichter deutscher Heimatliebe, deutschen Stolzes u. deutscher Standhaftigkeit.
Bestellschein.
Ich bestelle hiermit lt. Anzeige im „Vorwärts" bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstr. 9: Theodor Storms sämtliche Werke, 3 Bände geb. 54 M., illustrierte Ausgabe in 3 Halbleinenbänden 108 M. einschließlich Teuerungszuschlag gegen Monatszahlung von 8 M. oder 12 M. für die illustrierte Ausgabe. Erfüllungsort Berlin. — Nichtgewünschtes gefl. durchstreichen.
Ort (Post) u. Datum — Name u. Stand.